

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: pränumerando: Vierteljährlich 3.30 RM., monatlich 1.10 RM., einschließlich 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. 4 Mark pro Monat. Postabonnements rechnen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Interaktions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berührungskreise 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pfg. (auflösig 2-fachgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Einzelzeile und Schlußzeile 10 Pfg. jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 16 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Interesse für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Kedaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. **Donnerstag, den 5. August 1915.** Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Die westlichen Vorworte von Zwangorod genommen.

## Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 4. August 1915. (W. Z. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

In der Verfolgung des weichen Gegners erreichten unsere Truppen gestern die Gegend von Kupischki (östlich Poniewiez).

Nördlich von Lomza wurden die Russen in die vorgeschobene Verteidigungsstellung der Festung zurückgedrückt.

Ost- und westpreussische Regimenter nahmen die nach durch Feldbefestigungen geschützten Rarew-Übergänge bei Ostrolenka nach heftigstem Widerstande. Mehrere tausend Russen gefangen genommen, 17 Maschinengewehre erbeutet. Auch hier ist die Verfolgung ausgenommen.

Vor Warschau wurden die Russen aus der Bloniestellung in die äußere Fortlinie geworfen. Die Armee des Prinzen Leopold von Bayern befindet sich im Angriff auf die Festung.

### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Bei den über die Weichsel vorgebrungenen deutschen Teilen der Armee des Generalobersten v. Bohnsch nimmt der Angriff seinen Fortgang; die österreichisch-ungarischen Truppen dieser Armee sind im Besitz des Westteiles der Festung Zwangorod bis zur Weichsel.

Gegenüber den verbündeten Armeen des Generalfeldmarschalls v. Radenien versuchte der Feind auch gestern die Verfolgung zum Stehen zu bringen. Er wurde bei Lenczna, nordöstlich von Cholm und westlich des Bug erneut geschlagen. Seit heute früh ist der geworfene Feind im Rückzug zwischen Weichsel und Bug in allgemein nördlicher Richtung. Auch bei und südlich Hsilug am Bug weicht der Gegner. Oberste Heeresleitung.

Kupischki liegt etwa 40 Kilometer östlich Poniewiez.

## Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 4. August. (W. Z. B.) Amlich wird verlautbart: 4. August 1915, mittags:

### Russischer Kriegsschauplatz.

Zwischen Weichsel und Bug leisteten die schrittweise weichen Russen in gewohnter Art an verschiedenen Stellen erneuert Widerstand. Es kam nördlich Dubienka und Cholm, an der Swinka und an der Linie Lenczna-Kowo-Alexandrija zu starken Kämpfen. An manchen Teilen der Front unternahm der Gegner, um unser Nachdrängen einzudämmen, kurze Gegenstöße, aber er vermochte nicht standzuhalten, wurde geworfen und setzte um Mitternacht den Rückzug gegen Norden fort. Der auf dem linken Weichselufer gelegene Westteil von Zwangorod ist in unserer Hand. Die gegenüber der Radomka-Mündung auf dem Ostufer der Weichsel stehenden deutschen Kräfte machten abermals Fortschritte.

Zwischen Wladimir-Wolynskij und Sokol zerstreuten unsere Truppen ein Kosakenregiment. Südwestlich Wladimir-Wolynskij sind große Brände sichtbar. In Ostgalizien nichts Neues.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Oberitalien wurden in der Nacht zum 3. August am Plateaurande wieder mehrere vereinzelt italienische Angriffe abgewiesen, so südlich Sdrausina und östlich Bolazzo, wo die feindliche Infanterie zweimal mit dem Bajonett angriff, jedoch beide Male unter schweren Verlusten zurückgeschlagen wurde.

Am Nachmittag des 3. August versuchten die Italiener bei Regen und Nebel nach heftiger Artillerievorbereitung einen abermaligen Vorstoß gegen unsere Stellungen auf dem Monte dei sei Sufi. Auch dieser Angriff wurde abgeschlagen.

Im Kärntner und Tiroler Grenzgebiet kam es in einigen Abschnitten zu lebhafterer Artillerietätigkeit, die gegen den Gellankofel angelegte italienische Infanterie zog sich, da sie von ihrer eigenen Artillerie beschossen wurde, auf den Westhang der Höhe zurück. Ein Angriff von zwei feindlichen Kompanien gegen die Grenzbrücke südlich Schludersbach und ein stärkerer italienischer Angriff auf den Col di Lana (Puchstein) wurden abgewiesen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Doerfer, Feldmarschalleutnant.

## Krieg und Parlament.

Demokratische Einrichtungen und Krieg vertragen sich schlecht miteinander. Wenn Mars die Herrschaft antritt, pflegt der Glanz der Parlamente zu verblassen und das Volk hängt an, mehr in dem Geere als in der von ihm gewählten Kammer seine Vertretung zu sehen. Höchstens da, wo der Parlamentarismus seit Jahrhunderten festgewurzelt ist und wo er sich die Vormachtstellung im Staate zu erringen bemüht hat, spielt er auch in einer Zeit, in der das Träumen der Geschäfte vernünftiges Nachdenken ersichert, noch seine Rolle. Dort aber, wo auch in Friedenszeiten die mit mehr oder weniger Recht so genannte Volksvertretung nur die Kulisse war, hinter der monarchischer oder bürokratischer Absolutismus unbeschränkt waltete, verschwinden die Abgeordneten mit ihren Rechten in der Versenkung, und sie preisen sich schon glücklich, wenn ihnen von Zeit zu Zeit einmal eine knapp bemessene Frist zu kritischen Bemerkungen in der Dunkelkammer der Kommissionen und zu ein paar wohltemperierten Reden in öffentlicher Sitzung gewährt wird. Erst wenn die Dinge auf dem Kriegsschauplatz sich zum Bösen wenden, erstarkt in diesen Ländern wieder die Volksvertretung. Dann kann es ihr, wie wir eben jetzt sehen, selbst in Russland gelingen, eine Anerkennung ihrer Existenzberechtigung von der Regierung zu erhalten und möglicherweise sogar ihre Forderungen und Wünsche gegen den Willen der Generalität und der Kriegsminister durchzusetzen. Dann kann die erst zehn Jahre alte Duma mehr Rechte und einen größeren Einfluß erlangen als der immerhin um einige Decennien ältere österreichische Reichsrat, der seit Februar des Jahres 1914 nicht getagt hat.

Wieviel Terrain jetzt das Parlament in Petersburg der Autokratie abringen kann, muß abgewartet werden. Das Maß wird nicht zum wenigsten von den Dingen bestimmt werden, die sich im Laufe der nächsten Wochen im Weichselgebiet und an den Dardanellen ereignen. Soviel aber scheint heute schon sicher, daß die im Laurischen Palast an der Newa versammelten vorläufig nicht auf einen Nachzuzug rechnen können, der sie auf eine Stufe mit den Mitgliedern des Hauses der Gemeinen in dem verbündeten England stellt.

Freilich hat auch das englische Unterhaus die der Demokratie feindliche Wirkung des Krieges verspürt. Die Schaffung eines Koalitionsministeriums hat die organisierte Opposition gertrümmert. Die Dinausschiebung der Neuwahlen befeitigt eine der Gegengewichte gegen die Vorrechte des Kabinetts. Aber immerhin haben wir aus den Verhandlungsberichten der letzten Monate gesehen, wie stark der Nachdruck der englischen Volksvertreter auch im Kriege geblieben ist, und in welchem Umfang die Regierung mit ihm rechnen muß. Gewiß ist das Ministerium im Stande, die Gesetzentwürfe, über die in seinem Schoße Einigkeit herrscht, zunächst noch zur Annahme zu bringen, aber keine burgherlichen Rücksichten hindern die Kritik, und wenn auch die geschlossene Phalanx der Opposition fehlt und der Widerdruck sich nur wie ein Springfeuer bald hier und bald dort erhebt, so wird doch immer aufs neue erkennbar, daß das britische Parlament sich zum mindesten das Recht der Kontrolle nicht aus den Händen wenden läßt.

Am Schluß der Tagung hat dafür der Premierminister selbst den ziffermäßigen Nachweis erbracht. Seit Augusten haben er und der Unterstaatssekretär für den Krieg insgesamt 1990 auf den Krieg bezügliche Anfragen mündlich und 300 schriftlich beantwortet. Die Antworten mögen nicht immer zur Befriedigung der Interpellanten ausgefallen sein. Sie haben ihren Wissensdurst zweifellos nicht vollständig gestillt, aber alles in allem lieferten Rede und Gegenrede den Beweis für die Wachsamkeit der Volksvertretung gegenüber einer Regierung, die doch nichts anderes ist, als ein parlamentarischer Ausschuß. Auch daß das Kabinett von verschiedenen Seiten nicht ganz unbeträchtlicher Angriffe ausgefetzt war, als es das Haus bis Mitte September zu vertagen wagte, ist bezeichnend. Gewiß, es hat seinen Willen durchgesetzt, aber Herr Asquith war doch genötigt, sein Vorgehen mit dem Mangel an Gesetzeshilfen zu verteidigen und die militärische Lage möglichst rosig zu malen, um den von den Gegnern angesprochenen Vergleich mit der verhängnisvollen Vertagung des englischen Parlaments nach der Niederlage von Saratoga im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg zurückzumeilen.

Auch in Frankreich gibt sich die Regierung alle Mühe, den Mut und die Begeisterung des Volkes durch eine möglichst günstige Darstellung der militärischen und diplomatischen Situation wachzuhalten. Jedoch, es wiederholt sich hier, obzwar in etwas anderer Gestalt, der Vorgang, der sich in Russland vollzieht. Die Deputierten glauben nicht so recht an die Zureden, die die Minister und die sie selbst zur Schau tragen, und je größer ihre Zweifel an dem günstigen

## Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 3. August. Der Generalstab des Generalissimus meldet:

In der Gegend von Mitau und Bauske am Morgen des 1. August keine wichtigen Veränderungen. Westlich von Poniewiez führen wir am Abend des 31. Juli fort, die feindlichen Vorhuten zu bedrängen; wir machten über 500 Gefangene, darunter sechs Offiziere, und erbeuteten sechs Maschinengewehre. Am 1. August ließen die Deutschen zur Unterstützung ihrer Aktion das Gros ihrer Streitkräfte vorrücken und versuchten, zur Offensive zu schreiten. Infolgedessen fanden auf beiden Seiten Angriffskämpfe statt. Bei dem Nebenfluß Bissa und in der Gegend von Kogan versammelte der Feind sehr bedeutende Streitkräfte, die am 1. August ihre Angriffe in der Richtung der Bahnstrecke südlich von Ostrolenka bis zum Dorfe Kabyline fortsetzten. Hier behielt der Kampf seinen außerordentlich erbitterten und blutigen Charakter. An der Weichselfront wurden am 1. August Gefechte fortgesetzt, die nordwestlich von Blonie und südlich von Gora Kalwarja zu unserem Vorteil endeten. Feindliche Abteilungen, welche die Weichsel bei Magnuschew und Nyschivola überschritten, wurden gegen den Fluß zurückgedrängt. In der Gegend von Mahiewice bemüht sich der Feind durch kräftige Angriffe seine Frontlinie auszudehnen; aber im Laufe des 1. August wurde der Kampf so ziemlich an derselben Front wie vorher ausgefochten. In der Gegend des Ueberganges nach Zwangorod zogen sich unsere Truppen auf dem linken Weichselufer nach einem hartnäckigen Kampfe am Abend des 1. August auf eine mehr zusammengezogene Stellung zurück. Zwischen der Weichsel und dem Bug finden fortwährend erbitterte Kämpfe statt, in der Richtung von Liubartow, an der Front von Markuschew bis zur Wjstriga sowie an beiden Ufern des Wieprz und der Gegend der Straße von Traweiti-Blodowa, wo wir alle feindlichen Angriffe abschlugen. Auf dem linken Ufer des Bug nahmen unsere Truppen eine neue Front, weiter nördlich von Cholm, ohne Behinderung seitens des Feindes ein. Von den anderen Abschnitten unserer Front wird kein wichtiges Gefecht gemeldet.

## Petersburg, 4. August. (W. Z. B.) Der Generalstab des Generalissimus meldet:

In der Richtung von Riga zogen sich unsere Truppen jenseits des Flusses Staustio östlich von Poniewiez zurück. Am 1. und 2. August fanden daselbst erbitterte Kämpfe statt. Westlich von Koono (Kowno) wurden die Zusammenstöße häufiger. Im Rarew unternahm der Feind wiederholte Angriffe in der Gegend der Schwammündung, wo unsere Schützengräben von einer Hand in die andere übergehen. Es kommt dabei oft zu Bajonettkämpfen. Der erbitterte Kampf dauert am linken Rarewufer nordöstlich von Kozan im Abschnitt Dzedemine-Dezejno fort, wo der Feind jeden Schritt nach vorwärts mit ungeheuren Verlusten und Anstrengungen bezahlte. Am unteren Rarew und am linken Weichselufer fand am 2. August lediglich Gewehrfeuer statt. Die deutschen Kräfte, welche nach einem außerordentlichen erbitterten Kampfe am Abend des 1. August die Weichsel überschritten, bemühten sich eines Teiles des großen Waldes weiter nördlich von Mahiewice und rückten in beträchtlicher Weise vor. Zwischen Weichsel und Bug griff der Feind in der Gegend des Flusses Kurow und nördlich von Lublin an, wurde aber mit großen Verlusten zurückgeworfen; ebenso auch zu beiden Seiten der Straße Travniki-Blodowa. Am Unterlaufe des Srinflusses gelang es dem Feinde, etwas vorzurücken. Am Bug, an der Flota-Lipa und am Dnjestr keinerlei Aenderung. Zwischen Dnjestr und Bug schlugen wir einen kleinen feindlichen Angriff zurück.

## Deutscher Transportdampfer versenkt.

Petersburg, 4. August. (W. Z. B.) Der Generalstab des Generalissimus meldet: In der Ostsee versenkte ein englisches Unterseeboot einen großen deutschen Transportdampfer.

Wie wir von zuständiger Stelle hören, handelt es sich um einen von der Marine vorübergehend in Gebrauch genommenen Dampfer.

Fortgang der kriegerischen Operationen werden, um so mehr wächst auch bei ihnen der Wunsch nach einer Ausdehnung der parlamentarischen Kontrolle. Sie sind nicht wie ihre russischen Kollegen genötigt, sich erst die primitivsten Rechte zu erobern, aber sie wollen mehr als sie gegenwärtig haben und verlangen, in den Angelegenheiten, die den Krieg und seine Führung betreffen, mitzureden und mitgehört zu werden. Erst schien es so, als ob die Angriffe gegen die „Autokratie“ des Kriegsministeriums und die Klagen über die Zurücksetzung der parlamentarischen Kommissionen auf die üblichen parteipolitischen Intrigen einiger Mißvergnügten und auf eine gewisse persönliche Abneigung gegen Millerand zurückzuführen sei. Inzwischen stellt sich heraus, daß es sich um mehr handelt und die einzelnen Gruppen der Kammer haben sich jetzt auf die Forderung an die Regierung geeinigt, den Vertretern der großen Kommissionen das Recht zur unmittelbaren Kontrolle an der Front, in den Lazareten, in den Verwaltungsbüros usw. zuzugestehen und sie bei der Ausübung dieses Rechtes mit allen Mitteln zu unterstützen. Zunächst ist diese Resolution ja nur ein Rahmen. Wie man ihn ausfüllen wird, das hängt auch hier von den Geschehnissen ab. Die einen denken an eine Art von Wiederherstellung des Instituts der „Volksvertreter in Mission“, die als Beauftragte des französischen Parlaments die Generale der Revolutionsarmee von 1791 und 1792 begleiteten, andere sind bescheidener, wünschen eine Beschleunigung des bürokratischen Geschäftsganges und eine Ausschaltung überflüssiger Zwischeninstanzen oder fordern eine Garantie gegen die clerikale und antirepublikanische Propaganda in den Schützengräben. Alle aber wollen dem Parlamente mehr Macht in die Hand gegeben wissen, alle sträuben sich gegen die Tendenz, die Volksvertretung vor der militärischen Kommandogewalt in den Schatten treten zu lassen.

Die Lösung des Problems ist nicht einfach, denn der Krieg als solcher ist und bleibt das größte Hindernis auf dem Wege zur Demokratie. Wo die Kriegsfurie entfesselt ist, wird der Besitz an Volksrechten naturgemäß unsicher, aber immer sind in solchen Fällen Kräfte am Werke, die die Gelegenheit benutzen wollen, mehr Einschränkungen vorzunehmen, als im Interesse einer erfolgreichen Kriegsführung unbedingt erforderlich ist. Diesen Strömungen entgegenzuwirken und den Parlamenten die Möglichkeit der Kritik und der Kontrolle zu wahren, wird verhältnismäßig leicht, wenn das Waffenglück entschwindet und die Regierung sowohl wie die militärischen Befehlshaber das Bedürfnis fühlen, einen Teil der Verantwortlichkeit auf andere abzuwälzen. Der Kampf ist schwerer, wo sich an die Fahnen des Heeres der Erfolg heftet, aber gerade dann muß das Parlament um so mehr auf seinem Posten sein, das was vor dem Kriege an Parlaments- und Volksrechten vorhanden war, nicht nur in den neuen Frieden hinüberzuretten, sondern den Bestandsstand um der Erhaltung eben dieses Friedens willen zu vermehren.

## Ostlicher Kriegsschauplatz.

### Die Kriegslage in russischer Darstellung.

Petersburg, 4. August. (B. L. B.) (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Während der drei letzten Tage machte der Feind ungeheure Anstrengungen, um uns aus dem Narewabschnitt zwischen Ostrolenka und Lomza zu vertreiben. In der Gegend von Ebdahno setzt der Feind den Schützengrabenkampf fort. Bei den Minensprengungen behielten wir immer die Oberhand. An der Front Bissa-Schka griff uns eine ganze feindliche Armee an, nachdem sie vorher aus Frankreich gekommene Verstärkungen gegen uns geworfen hatte. Die Deutschen erlitten einen vollkommene Fehlschlag in diesem Abschnitt; denn der Feind brauchte eine ganze Woche, um aus dem Dorfe Serbatka ein unsere Nachhut bildendes Regiment zu vertreiben, während der Kampf um den Besitz der Narewübergänge bei Kovogrod schon begonnen hat. Bei der Mündung der Schka gelang es dem Feinde dank des Unterholzes auf unser Ufer hinüberzukommen, indessen verhinderten wir mit Erfolg, daß der Feind seine Artillerie über den Narew brachte. Mit dem Bajonett

berückten wir die feindlichen Kräfte, die nicht durch Artillerie geschützt wurden. Diese Fehlschläge zwangen den Feind, die aus Frankreich gekommenen Verstärkungen aus diesem Abschnitt zurückzurufen und sie zur Verstärkung der Gruppe von Rojane (Rozan) abzuschicken, die sich schnell bewegte. Diese Gruppe erhielt beträchtliche Verstärkungen, die ihrerseits auch von dem linken Ufer der Weichsel kamen. Indessen wurden alle Versuche, nach Osten vorzudringen, durch den Djesluß vereitelt. Darauf änderte der Feind die Richtung seiner Angriffe. Während er sich auf der Front zwischen Narew und dem Djesluß behauptete, machte er große Anstrengungen, um in nordöstlicher Richtung in die Gegend hinter Ostrolenka vorzudringen. Während eines dreitägigen Kampfes ging der Feind verschiedene Male zum Sturm auf unsere Gräben mit großen Infanteriemassen vor. Der Feind, der schwere Verluste erlitt, drang nur zwei bis drei Werst vor. Am 2. August sahen unsere Truppen bei einem der erbittertesten deutschen Angriffe, den wir abgeschlagen haben, wie die feindliche Kavallerie gegen die eigene zurückgeschlagene Infanterie vorging, um sie zu einem neuen Angriff gegen uns zu zwingen. Hier sind die deutschen Verluste sehr groß gewesen. Auf dem südlichen Kampfabschnitt fand ein Kampf bei dem Dorf Boshkivnitsa statt. Der Feind hatte eine große Infanteriemasse zusammengezogen, um das Djetal zu passieren, aber unsere Artillerie erstickte den feindlichen Angriff im Keime. Sie zwang die Deutschen in dieser Gegend, abzuziehen. Unsere Verluste sind sehr groß, aber unsere Truppen widerstehen hier tapfer der Absicht des Feindes, aus der Narewlinie einen tiefen Streich in den Rücken der russischen Armeen zu führen, welche im Tal des Bepz (Bieprz) die Offensive des Generalfeldmarschalls v. Radensens aufhalten.

### Luftbombardement von Warschau.

London, 4. August. (B. L. B.) Die „Times“ erzählt aus Warschau, daß am 31. Juli abends fünf deutsche Flugzeuge die Stadt bombardiert hätten. Sieben Personen wurden getötet und vierzehn verwundet.

### Rußland erwartet eine westliche Offensive seiner Verbündeten.

London, 4. August. (B. L. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus Petersburg vom 2. August: Folgende amtliche Mitteilung wird hier veröffentlicht: Es scheint, als habe die Entsendung starker deutscher Verstärkungen aus Frankreich an die russische Front in der vierten Juliwocche begonnen, als Radensens Armee im Bieprzale schwer bedrängt wurde und die Kämpfe am Narew sich lange hinzogen. Jeder russische Erfolg zwingt den Feind, frische Streitkräfte von der Westfront wegzuziehen. Diese Tatsache schafft günstige Bedingungen für aktive Operationen unserer Verbündeten.

Die „Times“ bezeichnet in ihrem Leitartikel das obige Telegramm als etwas ungewöhnlich und meint, daß, wenn die Veröffentlichung solcher amtlicher Telegramme wirklich nötig sei, ein gewisser Mangel an Zusammenwirken zwischen den verantwortlichen Militärbehörden im Westen und Osten bestehen müsse. Die Wiederaufnahme der Offensive im Westen hänge nicht allein davon ab, ob gewisse deutsche Armeekorps nach dem östlichen Kriegsschauplatz gebracht worden seien, sondern davon, ob Stärke, Stellungen und Bewaffnung der deutschen Armee im Westen eine allgemeine Offensive gegenwärtig rätlich machten. Das Blatt sucht nachzuweisen, daß die deutsche Stellung im Westen nicht geschwächt sei, und fordert, daß die britischen Behörden sofort ihre Schätzung von der Stärke der Deutschen auf beiden Fronten bekannt gäben. Ferner seien engere Beziehungen zwischen den Generalstäben der Alliierten nötig. Absolut solle, um die herzlichen Beziehungen zu den Alliierten weiter zu entwickeln, offen erklären, was England für den Krieg tue. Es sei zu hoffen, daß er damit die Wirkung seiner letzten nicht überzeugenden Unterhausrede in Frankreich und anderwärts verstärken werde. Das Blatt wiederholt die Forderung, das Parlament unverzüglich wieder einzuberufen, besonders um das Vertrauen der Alliierten zu stärken, was nur durch die Einführung der Wehrpflicht geschehen könne.

Stellungen Laborière—Central—Cimetière—Bogatiele hinausgeworfen und auf die in das Viehmetal abfallenden Berghänge zurückgedrängt wurden, bereiteten sich in den Ostargonnen die deutschen Truppen zum Sturm auf die beherrschenden Höhenstellungen 285 und 286 vor. War dieses Ziel erreicht, so standen auf der ganzen Argonnenfront von der Gegend nördlich Vienn-le-Château bis Bourneuilles die Deutschen in überlegenen Stellungen, als eine eiserne Wand, an der jeder Angriffsvorstoß der Franzosen gescheitert müßte.

#### VI.

Die französischen Stellungen nordöstlich, nördlich und nordwestlich von der Höhe 285, auf dem Kiegel, der Volante und dem in die Vallée des Courtes Chausées vorspringenden Bergnase lagen durchschnittlich 40 bis 50 Schritte, an manchen Stellen auch nur 20 Schritte von den deutschen Stellungen entfernt. Da auf dieser ganzen Front das Gelände im allgemeinen von Süden nach Norden abfällt, von der Höhe 285 nach Nordosten in das Osson-Tal, von da die Höhe 286 in den Neuriffon-Grund, weiter westlich in ein Seitental der Vallée des Courtes Chausées — hatten die Franzosen den Vorteil der besseren Beobachtung und infolgedessen des freieren Schußfeldes gegen unsere Stellungen und rückwärtigen Verbindungswege. In den Tälern des Osson, der Cheppe, des Neuriffon, der Vallée des Courtes Chausées und auf den in diese Schluchten abfallenden Berghängen ist der kurzstammige Waldbestand mit außerordentlich dichtem Unterholz und Dornengebüsch durchwachsen. Auf den Höhen wird der Wald lichter, der Boden ist von Farnkrautern und hohem Gras bedeckt; hier war im übrigen, ebenso wie drüben im Bois de la Grurie (Westargonnen), während der langen Kampfmomente fast der ganze Bodenbestand von Infanterie- und Artilleriefußweges weggeräumt. Die französischen Stellungen auf diesen Höhen bestanden aus mehreren hintereinanderliegenden, 2 bis 3 Meter tief in den Boden eingeschnittenen Schützengräben, die durch ein vielfach verzweigtes Netz von Verbindungsgräben untereinander und mit den auf den Höhen 285 und 286 liegenden Reservestellungen verbunden waren. Die Gräben der Kampfstellung waren durch Abstemmen mit starkem Balkenwerk, durch Drahtmaschendraht, Rauern, Zement und Pflaster befestigt, an vielen Stellen mit 1 bis 2 Meter hohen Eindeckungen versehen, und alle 5 bis 6 Schritte durch starke Schulterwehren unterbrochen. Dutzende von Blockhäusern mit mehreren neben- und übereinander angebrachten Maschinengewehrständen dienten in den vorderen und rückwärtigen Stellungen sowie im Hüfischengelände als Stützpunkte. Zur Unterkunft für

## Westlicher Kriegsschauplatz.

### Der französische Tagesbericht.

Paris, 4. August. (B. L. B.) Amtlicher Bericht von Dienstagmorgens. Im Artois am Souchez lebhafteste Kämpfe mit Handgranaten und Minenwerfern während eines Teiles der Nacht. Auf dem Plateau von Duennedieres im Aisnegebiet ziemlich heftige Artillerieaktionen, Soissons wurde bombardiert. In den Argonnen im Abschnitt Saint Hubert, Marie Therese, Fontaine-aux-Carmes und der Höhe 213 wurde der Kampf die Nacht hindurch fortgesetzt. Die Deutschen machten mehrere Angriffe, die aber nicht bis zum Vorstoß kommen konnten. In Eparges ziemlich starkes Artilleriefußfeuer. In den Vogesen unternahm der Feind am Abend des 2. August einen Angriff gegen unsere Stellungen am Ringelkopf und drei Angriffe gegen unsere Stellungen am Barrenkopf. Diese heftigen Angriffe wurden sämtlich zurückgewiesen.

Paris, 4. August. (B. L. B.) Amtlicher Kriegsbericht von gestern abend. Geringere Artillerietätigkeit auf der ganzen Front. In den Argonnen im Westteil des Waldes bis zum Gebiet von Saint Hubert den ganzen Tag hindurch fortgesetzter, sehr lebhafter Kampf mit Handgranaten und Minenwerfern. Auf keiner Seite eine Veränderung der Front. Vor Bauquois sprengten die Deutschen zwei Minen, welche an unseren Schützengräben keinen Schaden anrichteten. Im Walde von Apremont und im Van-de-Capt lebhaftes Artilleriefußfeuer.

### Tätigkeit deutscher Flieger.

Paris, 3. August. (B. L. B.) Der „Temps“ erzählt, daß der deutsche Fliegerangriff auf Nancy etwa dreiviertel Stunden gedauert hat. Bisher zählte man fünfzehn Einschlagstellen von Bomben. Drei Personen sind verletzt worden, zwei davon schwer, drei Verwundete, die aber von der Feuerwehr gerettet werden konnten. Als französische Flieger aufstiegen, ernsteten sich die deutschen Flugzeuge. Beim Rückzuge warfen sie eine größere Anzahl Bomben ab, welche ohne Schaden anzurichten in Gärten fielen. In den letzten Tagen sind zahlreiche deutsche Flieger über Lunéville erschienen. Zwölf abgeworfene Bomben verursachten nur Sachschaden.

### Eine Frau kriegsgerichtlich zum Tode verurteilt.

Paris, 3. August. (B. L. B.) Nach dem „Temps“ hatten sich vor dem Pariser Kriegsgericht zwei Frauen aus Souchez wegen Diebstahls in von Besatzern verlassenen Häusern von Souchez und wegen Verständigung mit dem Feinde zu verantworten. Die ihnen zur Last gelegten Verbrechen sind am 5. Oktober 1914 beim Einzug der Deutschen in Souchez und im März 1915 begangen worden, als beide Frauen über Deutschland und die Schweiz nach Frankreich zurückgeschafft wurden. Sie wurden verurteilt, ein neunzehnjähriges Mädchen zum Tode, seine Mutter zu fünfzehn Jahren Zwangsarbeit.

### Die englischen Verluste.

London, 4. August. (B. L. B.) Die gestrige Verlustliste weist 14 Offiziere und 1600 Mann auf.

## Der italienische Krieg.

### Der italienische Kriegsbericht.

Rom, 4. August. (B. L. B.) Kriegsbericht von gestern abend. In den Tälern des Cadore dauerte das zerstörende Feuer unserer Artillerie gegen die feindlichen Sperrwerke wirksam fort. In Karnten versuchte der Gegner am 1. August einen abermaligen Angriff gegen den Gipfel des Wedatte, der von uns am 30. Juli erobert worden war, wurde aber unter schweren Verlusten zurückgeschlagen. Am 2. August griff er, vom Nebel begünstigt, unsere Stellungen

die Besatzungen der vorderen Gräben und die Reserven waren geräumige Höhlen tief in den Boden geholt. Vor der vordersten Feuerstellung, zwischen den Gräben der rückwärtigen Linien, und ganz besonders in dem unburdhringlich dichten Unterholz der mannigfach verzweigten Schluchten und Seitentäler befanden sich breite Drahthindernisse, teils aus gespannten Stacheldrähten, teils aus spanischen Reitern und Drahtwalzen zusammengesetzt.

Von dem ganzen Labyrinth dieser kunstvoll angelegten Befestigungen war aus den deutschen Stellungen weiter nichts zu sehen als ein hellgelber, schmaler Streifen aufgeworfener Lehmabens, die und da einzelne Balken eines Blockhauses oder ein Stückchen blanker Stacheldraht. Weit dahinter standen im ganzen Walde verteilt die französischen schweren und leichten Batterien, etwas näher heran die Minenwerfer, Brongemörser und Revolverkanonen.

Als Zeitpunkt für den Angriff auf diese Stellungen wurde der 18. Juli bestimmt. Kurz nach Tagesanbruch sollte das Artillerie- und Minenfeuer beginnen, auf 8 Uhr vormittags war der Angriff auf einen vorgeschobenen Teil der französischen Befestigungen vor unserem linken Flügel und auf 11 Uhr 30 Minuten vormittags der Sturm auf der ganzen Front festgesetzt.

Aus späteren Befangenaussagen und aus aufgefundenen französischen Befehlen hat sich ergeben, daß der Feind im östlichen Teil der Argonnen schon seit einiger Zeit seinerseits einen großen Angriff plante, der ursprünglich für den 11. Juli befohlen war, dann aber wieder verschoben und für den 14. Juli, den Tag des französischen Nationalfestes, festgesetzt wurde. Und zwar sollten an diesem Tage sämtliche Truppen des französischen V. und XXXII. Armeekorps — mit zugeteilten Verbänden mehr als 8 Divisionen — auf der ganzen Argonnenfront und den anschließenden Außenabschnitten angreifen. Im Bois de la Grurie und westlich der Argonnen wurde dieser Angriff auch tatsächlich am 14. Juli ausgeführt und scheiterte unter schweren Verlusten. Inzwischen kam es aber in den Ostargonnen ganz anders, als man gedacht hatte.

Dadurch, daß die Franzosen selbst ein Unternehmen beabsichtigten und daß sie — gewarnt durch die gesteigerte Tätigkeit der deutschen Artillerie und durch andere Anzeichen eines bevorstehenden Angriffs — von unserem Sturm keineswegs überrascht wurden, trafen unsere Truppen den Feind aus beste vorbereit. Die französischen Kampfstellungen waren stark besetzt, die Artillerie war mit einer außergewöhnlich großen Menge Munition ausgerüstet, alle Arten von Nahkampfmitteln waren reichlich bereitgestellt.

## Die Argonnenkämpfe

vom 13./14. Juli 1915.

V.\*

Aus dem Großen Hauptquartier wird uns geschrieben:

Der nördlich und östlich der Wiesme gelegene Teil der Argonnen stellt sich als ein langgestreckter, von Nordwesten nach Südosten verlaufender Gebirgsrücken dar, der in schroffen, vielfach zerklüfteten Schluchten zu den Tälern der Aire und Wiesme abfällt. Der Verlauf der Römerstraße bezeichnet etwa die Kammlinie. Den am höchsten gelegenen Punkt des Kamms erreicht die Römerstraße auf der Höhe 285, deren nach Nordosten — Höhe 203 — und nach Westen — die Höhe 202 — etwa gleichlaufend zur Straße Barcennes—le Four de Paris sich hinziehenden Ausläufer wie ein natürlicher Wall diesen Teil der Argonnen in eine nördliche und südliche Hälfte teilen. Die Höhe 285, die nur spärlich bewaldet ist und kein Unterholz trägt, bildet einen Aussichtspunkt, von dem aus man einen weiten Überblick über die Argonnen, und darüber hinaus nach Osten auf die Höhen nördlich von Varennes, nach Westen auf das Hügelland der östlichen Champagne hat.

Entsprechend dieser überhöhten Lage ist der Besitz des Höhenrückens 263—285 — la Hille morte für die in den Argonnen kämpfenden Truppen von hoher militärischer Bedeutung. Als in den letzten Septembertagen die Deutschen von Osten in die Argonnen einbrangen, gelang es einzelnen Patrouillen und kleineren Infanterie-Abteilungen, vorübergehend die Höhe 285 zu erreichen. Schon am Abend des 20. September mühten sie vor weit überlegenen französischen Kräften in nördlicher Richtung zurückzuweichen. Seitdem waren die Franzosen im Besitz dieses Höhenzuges. Darüber hinaus waren ihre Stellungen nach Norden etwa 1 Kilometer weit vorgeschoben. In erdittertem, heißem Ringen warfen Anfang Januar und Mitte Februar die deutschen Truppen auf der ganzen Front von der Volante bis zur Höhe 263 den Feind um mehrere hundert Meter zurück. Aus nebenstehender Skizze ist die Lage der von Februar bis Juli von den Franzosen verteidigten Stellungen zu erkennen.

Während in den siegreichen Kämpfen vom 20. Juni bis 2. Juli drüben in den Westargonnen die Franzosen aus ihren befestigten

\* Siehe Nr. 207, 209 und 213 des „Vorwärts“.

von Starnitz auf dem Berge Ciesalla an, wurde aber gleichfalls abgewiesen. Jetzt werden neue Einzelheiten über den von unseren Truppen am 30. Juli an der Abzweigung von Gianolot errungenen Erfolg bekannt. Der Gegner lag über 100 Tote auf dem Kampfplatz, wo 200 Gewehre und zahlreiche Munition aufgefunden und etwa 20 weitere Gefangene gemacht wurden. Während der beiden folgenden Tage verfeuerte die feindliche Artillerie, die sich an den Zugängen von Malborghet längs der Abzweigung in Stellung befand, auch Geschosse mit erstickenden Gasen. Unserer Artillerie gelang es trotzdem, sie zum Schweigen zu bringen. Auf dem Karst erneuerte der Feind in der Nacht zum 2. August seine heftigen Angriffe gegen unsere rechten Flügel in der Gegend des Monte-dei-Sei-Busti, nachdem er gegen unseren linken Flügel demonstriert hatte. Alle seine Anstrengungen brachen sich jedoch an dem hartnäckigen Widerstand der Unsrigen. Im Laufe des gestrigen Tages dauerte unsere Offensiv auf dem rechten Flügel an und dehnte sich merkwürdig gegen das Zentrum aus. Unser Kampf um die Befestigung weiterer Teile des Monte-dei-Sei-Busti wird heftig und hartnäckig fortgesetzt. Gestern wurden 845 Gefangene gemacht, darunter 3 Offiziere.

Cadorna.

## Der türkische Krieg.

### Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 4. August. (B. L. W.) Das Hauptquartier teilt mit: An der Kaukasusfront griffen unsere Truppen heftig die feindliche Nachhut an, die in den Stellungen in der Umgebung von Samur östlich des Kilidj Suedigui den Rückzug der Hauptmacht zu decken versuchte. Wir jagten den Feind nach Norden und machten hundertundfünfzig Gefangene. Die Russen hatten über fünfshundert Tote und tausend Verwundete. Unsere verfolgenden Abteilungen besetzten Karafilisa und die Umgegend nördlich von Samur.

An der Dardanellenfront am 3. August bei Ari Burnu Schützengrabenkämpfe ohne Bedeutung. Unsere Artillerie zerstörte eine feindliche Bombenwerferstellung auf unserem linken Flügel. Ein feindlicher Kreuzer beschoss wirkungslos Mischiteps. Unsere Artillerie erwiderte das Feuer und traf dabei ein feindliches Torpedoboot, das sich sogleich entfernte. Ein feindlicher Flieger warf eine Bombe auf das Hospital in Eznie, südlich von Kuntale, durch die ein Verwundeter getötet wurde. Am 3. August ließen ein Kreuzer und vier Torpedoboot über Sighadji Klaman, südlich von Smyrna, ein Flugzeug aufsteigen, das dort drei Bomben abwarf, durch die eine Person getötet wurde. Die erwähnten Schiffe schleuderten über 200 Granaten auf den genannten offenen Ort, wodurch ein Haus zerstört wurde.

Auf den übrigen Fronten nichts von Bedeutung.

### Russische Meldungen.

Petersburg, 4. August. (B. L. W.) Der Generalstab der Kaukasusarmee teilt mit: Am 2. August schlugen unsere Aufklärungstruppen in der Richtung auf Dili in der Nähe von Arins eine Vorpostenabteilung zurück. Auf der ganzen Front stehen unsere Aufklärungstruppen im Kampfe mit den feindlichen Vorposten in der Richtung auf Sarykamisch. Während eines Erkundungsfluges warf einer unserer Flieger Bomben auf ein großes Lager der Türken und richtete bei ihnen Verwirrung an. In der Gegend von Maschkeri Nachhutgefechte.

Petersburg, 4. August. (B. L. W.) Der Generalstab des Generalstabs meldet weiter: Im Schwarzen Meere steckten unsere Torpedoboot im Kohlengebiet ein Kohlenlager in Brand und zerstörten zehn mit Kohlen beladene Segelschiffe. An der anatolischen Küste vernichteten unsere Torpedoboot über zweihundert mit dem Transport von Kohlen und Kriegsmunition beschäftigte Segelschiffe, sowie drei Werften für den Bau solcher Schiffe. Die auf einzelnen dieser Schiffe befindliche Kriegsmunition wurde beschlagnahmt.

### Angriff auf die kleinasiatische Küste?

Athen, 3. August. (B. L. W.) Aus Mytilene wird gemeldet, die Allierten planten einen großen Angriff auf die kleinasiatische Küste gegenüber von Mytilene, nachdem sie eingesehen hätten, daß ein Vormarschkommen auf Gallipoli ausgeschlossen ist.

## Der Seekrieg.

### Vom U-Bootskrieg.

London, 4. August. (B. L. W.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der englische Dampfer „Ranza“, 2820 Tonnen groß, ist versenkt worden. Beim Mann der Besatzung wurden von dem holländischen Dampfer Prinz Willem V. gerettet.

Lyon, 4. August. (B. L. W.) „Roubelliste“ meldet aus Brest: Die englischen Schiffe „Turquoise“ und „Rouget“ wurden von einem deutschen Unterseeboot bei den Scillyinseln versenkt.

## Aus belgischen Archiven.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ setzt ihre Veröffentlichung belgischer Dokumente fort und gibt folgenden Kommentar dazu:

Die politische Atmosphäre, die nach dem bereits charakterisierten Besuch König Eduards VII. in Paris den Ereignissen, die sich im Verlauf des Jahres 1907 in Europa abspielten, eine besondere Färbung gab, läßt sich wohl am besten mit der Schwüle vergleichen, die einem aufziehenden Gewitter vorausgeht, von dem nicht zu erkennen ist, wann und ob überhaupt es sich über dem Horizont erheben wird.

Rußland schien ganz von Sorgen über die Entwicklung seiner inneren Politik in Anspruch genommen. Nachdem die erste Duma auseinandergegangen war, trat am 3. März 1907 die zweite Duma zusammen. Auch sie mußte am 16. Juni des Jahres aufgelöst werden, am 14. November wurde auf Grund eines neuen Wahlgesetzes eine dritte Duma eröffnet, der eine längere Lebenszeit beschieden war, von der sich aber nicht voraussagen ließ, ob sie sich der Politik Stolypins zu Diensten stellen und wie weit sie die neue von Witoldski inaugurierte auswärtige Politik unterstützen werde. Das russisch-englische Abkommen über Persien und Zentralasien war in der Zeit zwischen Auflösung der zweiten und dem Zusammentritt der dritten Duma perfekt geworden. Zu Anfang 1908 war kaum noch ein Zweifel darüber möglich, daß ein englisch-französisch-russisches Zusammenwirken Tatsache geworden sei.

Mitte April trat in London eine Konferenz der britischen Kolonialminister zusammen, deren Arbeiten jedoch nicht erkennen ließen, ob sie zu einem größeren Einfluß der Kolonien auf die Reichspolitik oder zu einer stärkeren Heranziehung der großen Dominionen zu Zwecken des Mutterlandes führen werde. Vom 15. Juni bis zum 18. Oktober 1907 lagte im Haag die zweite

Friedenskonferenz, die mit großen humanen Prinzipien arbeitete, im wesentlichen aber zu vorsichtigen Kompromissen führte, die demjenigen, der das Spiel hinter den Kulissen verfolgen konnte, keinen Zweifel darüber ließen, daß England bemüht war, sich freie Hand für eine Angriffspolitik zu sichern, während Deutschland daran festhielt, sich kein Verteidigungsmittel nicht aus der Hand winden zu lassen. Auf diese Farnel läßt sich der Kern der Verhandlungen zurückführen. In Frankreich hatte man die Lage als günstig zur Wiederaufnahme einer Politik gefunden, die in Marokko über die von der Konferenz zu Algerien festgesetzten Schranken hinauszuweisen bemüht war und schließlich den Casablanca-Konflikt zur Folge hatte.

In England setzte König Eduard seine auf Isolierung Deutschlands gerichtete Politik fort. Sein Besuch in Spanien hatte den Abschluß von Verträgen zur Folge, die das Mittelmeer den Dreieinigkeitsmächten, wenn nicht zu verriegeln, so doch einzuengen bestimmt waren; die Besuche des Königs in Genua und Wien waren Fäden, die festhalten sollten, wie stark die Bande waren, die Italien und Oesterreich-Ungarn mit Deutschland verknüpften. Die infolge der fortwährenden Wirren in Mazedonien wieder unsicher gewordene Lage auf dem Balkan scheint die äußere Veranlassung dazu gegeben zu haben. Ein Intermezzo bilden die Besuche der englischen Journalisten in Berlin und Kaiser Wilhelms Besuch in London Anfang November 1907. Die von uns für diese Periode veröffentlichten Briefe der belgischen Gesandten berühren nur einen Teil der hier kurz charakterisierten Probleme, sind aber dadurch überaus merkwürdig, daß sie immer deutlicher darauf hinweisen, wie die Politik Eduards VII. den europäischen Frieden und speziell auch die politische Zukunft Belgiens gefährde.

Die wahre Bedeutung des englischen Besuchs in Carthage wurde von den belgischen Vertretern in London wie in Berlin übereinstimmend sofort erkannt, nämlich als ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Isolierung Deutschlands. Sehr treffend bemerkt Baron Greindl, der Eifer, Mächtig, die niemand bedrohe, angeblich zu Verteidigungszwecken zu einem, könne mit vollem Recht verdächtig erscheinen. Herr Laghat in Paris aber weist warnend auf die ernststen Gefahren hin, denen sich Frankreich aussetze, indem es sich in das Schlepptau der englischen Regierungspolitik begeben habe. „Frankreich“, so erklärt er, „läßt eine Danfessschuld auf sich, die ihm schwer erscheinen wird, wenn eines Tages England die Hände enthalten wird, zu denen es die Kräfte bemühen will, die es heute um sich geschart hat.“ Die aus dem betreffenden Bericht hervorgeht, fehlte es damals auch in Frankreich nicht an Leuten, die klar voraussehen, daß ihr Land eines Tages die Kosten der englischen Ententepolitik zu zahlen haben werde.

In einem Bericht vom 20. Mai stellt Baron Greindl Betrachtungen darüber an, wie wenig Aussicht vorhanden sei, daß der Besuch der englischen Journalisten in Deutschland zu mehr als zum Schein einer vorübergehenden Besserung der deutsch-englischen Beziehungen führen könne. Denn, so sagt er, England ist gewohnt, keine Rivalen zu haben, und hält jede Konkurrenz für einen Eingriff in ein ihm gehörendes Feld. England, das seit Jahrhunderten fremde Flotten vernichtet habe, gebe sich den Anschein, als habe es die deutsche Kriegsmarine zu fürchten, während doch in Wirklichkeit Deutschland alles zu fürchten habe und, weit entfernt, auf eine Zuspitzung seiner Beziehungen zu England hinzuwirken, vielmehr stets den Anstoß zu den Versuchen gegeben habe, eine Annäherung an England herbeizuführen. Der Gesandte geht sehr ausführlich auf den Verlauf des Journalistenbesuchs und auf die vortreffliche Rede ein, die damals der Unterstaatssekretär von Bülow hielt; er hebt auch hervor, daß Sir Edward Baskelley seit 12 Jahren auf bessere Beziehungen zwischen beiden Nationen hinarbeite; aber alle Bemühungen scheiterten an der persönlichen Politik und an dem gewissenlosen Treiben der englischen Presse, die, wie schon vorher Graf Laing, der belgische Gesandte in London, ausgeführt hatte, die Meinung des gesamten Volkes vergifte und dabei von dem König gefördert werde, der seinen persönlichen Einfluß in den Dienst der deutschfeindlichen Isolierungspolitik gestellt habe. Laing weist auf Darnsworth, den späteren Lord Northcliffe, hin und brandmarkt die Gesinnungslosigkeit dieses Vertreters eines modernen Journalismus untergeordneter Kategorie, wie er durch die „Daily Mail“ und den „Daily Express“ repräsentiert wird.

Ueber den französisch-japanischen Vertrag und den bald danach (am 30. August 1907) perfekt gewordenen russisch-englischen Vertrag sagt Greindl, sie schienen, falls sie keine Geheimartikel enthielten, nur geschlossen zu sein, um Deutschland bei Regelung von Weltinteressen wieder einmal zu übergehen. „Diese Vorsichtsmassregeln gegen Gefahren, die nur in der Einbildung bestehen, sind ihrer Natur nach dazu angetan, den Büffeln die Vorstellung zu erwecken und zu nähren, daß Deutschland die angreifbarste Macht sei, gegen deren Unternehmungen die übrigen Länder genötigt seien, sich zu verbinden.“ Während diese Verträge vorgaben, dem Frieden zu dienen, gefährdeten sie in Wirklichkeit, als Symptome eines neuen politischen Systems.

Ueber die Beschließung von Casablanca und die daran geknüpften Absichten, die namentlich in einer Heerde von Delcassé zum Ausdruck kamen, berichtet der belgische Geschäftsträger de Cartier eindringlich aus London. Auch Baron Greindl kommt auf diese Delcassésche Rede zu sprechen und gelangt in seiner Analyse zu folgendem historisch und politisch ungemein bemerkenswerten Schluß: „Die von König Eduard, unter dem Vorwand, Europa vor der imaginären deutschen Gefahr zu sichern, geleitete Politik hat eine nur allzu wirkliche französische Gefahr ins Leben gerufen, die in erster Linie uns (d. h. Belgien) bedroht.“

### Begnadigt.

Brüssel, 4. August. (B. L. W.) Der Sekretär des Kardinals Mercier, Kanonikus Branden, war wegen Mißhandlungen gegen deutsche Botschaften bei der Zerstreung einer Menschenansammlung am Tor von Mecheln zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Der Generalgouverneur hat die Strafe im Gnadenwege erlassen. Was sonst über den Vorfall verbreitet wird, ist freie Erfindung.

### Der Ruf nach der englischen Wehrpflicht.

London, 4. August. (B. L. W.) „Morning Post“ schreibt in einem Leitartikel: Während Rußland aus Polen verdrängt wurde, standen wir in der Defensive und ließen den Feind sich gegen Osten konzentrieren. Jetzt können wir nicht erwarten, daß die Russen eine deutsche Konzentration gegen Westen verhindern. Frankreich leidet schwer! Das Blatt glaubt nicht, daß Frankreich auf deutsche Friedensvorschläge hören werde, wünscht aber, daß der Grund wegfiel, der es für Frankreich weiser erscheinen ließe, einen Separatfrieden zu schließen, und sieht die Rettung nur in der Wehrpflicht.

### Verurteilung wegen Streikens.

London, 4. August. (B. L. W.) Das Munitionsgeschicht in Glasgow verurteilte dreißig Kupferschmiede wegen Streikens zu je zweieinhalb Schilling. Die Gewerkschaft wird die Strafgebühren zahlen. In der Verhandlung fragte der Vorsitzende, ob die Leute denn nicht daran dächten, daß England sich im Kriege befinde. Ein Arbeiter erwiderte: Ja bin ebenso patriotisch wie andere Leute. Die hier Anwesenden haben acht Verwandte im Kriege. Ich trete aber auch für die Sache der Gewerkschaften ein, was völlig gesegmähig ist. Die Schuld liegt allein bei der Fabrikleitung, welche Arbeiten an andere Fabriken weiter vergibt, so daß ihre Arbeiter unbeschäftigt in den Fabriken umherstehen. Diese Rede erzielte großen Beifall.

## Diviani akzeptiert die Parlamentskontrolle.

Genf, 4. August. (B. L. W.) Die die Blätter aus Paris melden, hat Diviani den Gruppen der Delegierten schriftlich die Antwort betreffend die Frage der Parlamentskontrolle mitgeteilt. Diviani nimmt den von den Deputierten gemachten Vorschlag an, monach die Kontrolle von den Ausschussmitgliedern ausgeübt werden soll, die nach Verhandlungen mit der Regierung hierzu in aller Form beauftragt worden sind.

## Wiederkehr der deportierten Duma-abgeordneten?

Da der Justizminister einen Antrag über den Ausschluß der verurteilten und deportierten fünf sozialdemokratischen Dumaabgeordneten eingebracht hat, wird sich die Duma zunächst mit dieser Frage zu beschäftigen haben. Indessen wird, wie die „Ruskija Bedomosti“ mitteilt, in den Kreisen der Abgeordneten davon gesprochen, daß die Regierung die verurteilten Abgeordneten „begnadigen“ wolle. Es sei deshalb nicht ausgeschlossen, daß sie in das Laurische Palais zurückkehren würden.

## Russische Stimmungen.

Petersburg, 4. August. (B. L. W.) (Ueber Kopenhagen.) „Rjettsch“ und andere liberale Blätter äußern sich empört über einen Artikel Menschiloffs, der in der „Nowoje Wremja“ versucht, die Verantwortung an den Ereignissen der Duma zuzuschreiben, um dadurch die Abgeordneten kleinlaut zu machen. „Rjettsch“ sagt, daß die Duma, obwohl sie ihre Meinung nicht öffentlich sagen dürfe und sie auch durch den Reichsrat vollständig lahmgelegt sei, doch in den geheimen Sitzungen ihre Pflicht voll erfüllt und alle notwendigen Kritik geübt und Hinweise in den Sitzungen gegeben habe. Hingulänge, daß immer die Kontrollrechte der Duma in Militärangelegenheiten bestritten würden und Menschiloff immer derjenige sei, der die Duma am meisten mundtot machen wollte. Vielleicht liege sich in der Zukunft die jetzt plötzlich geäußerten Wünsche Menschiloffs über die Kontrollrechte der Duma durchführen. Der liberale „Petersburger Courier“ spricht die Ansicht aus, daß zwar in Petersburg ein gewisser Ansehens von einer Wenderung des Kurtes gegeben werde, daß in der Provinz dagegen alles beim alten geblieben sei. Zum Beispiel hätte die Forderung den Versuch eines Dummamitgliedes unterdrückt, eine Versammlung von Studenten und Schülern, die Erntearbeiten besorgten, abzuhalten. Ferner habe sie eine Vereinigung von Bauern verboten, die mit Hilfe von des Lebens kundigen Leuten eine genursurierte Zeitung beziehen und sich über die Kriegslage unterrichten wollten. Dabei besaß sie sich, daß das Volk nichts vom Kriege wisse.

## Keine Illusionen wegen Rumäniens.

Paris, 3. August. (B. L. W.) „Libre Parole“ äußert den Wunsch, daß man Frankreich von jenen falschen Propheten befreie, die in der Presse und in der Öffentlichkeit immer wieder ein Eingreifen Rumäniens als nahe bevorstehend verkünden und dadurch das Volk nervös machen. Wer glaube, daß Rumänien demnächst eingreifen werde, sei töricht oder wahnsinnig. Nicht minder töricht oder wahnsinnig sei, wer sich einbilde, daß ein kleines Land mit 400 000 Soldaten das tun könne, was das ungeheure Rußland mit seinen ungeheuren Hilfsquellen nicht tun konnte. An ein Eingreifen Rumäniens sei nicht zu denken, solange nicht die Allierten die Offensiv ergreifen könnten.

## Eine scharfe Absage an Rumänien.

In der „Deutschen Tageszeitung“ veröffentlicht der bekannte Schriftsteller Graf Rebenlow unter der Ueberschrift: „Der sinkende Kurs Rumäniens“ einen Artikel, der sich in ungewöhnlich scharfer Form gegen die bisherige Politik der rumänischen Regierung wendet. Nachdem kurz registriert worden, daß die Meldung über die Zulassung der Getreideeinfuhr falsch war, daß zitta 170 000 Waggons Getreide zum Export bereit stehen, und Landwirtschaft wie Kaufleute in Rumänien immer dringender die Aufhebung des Ausfuhrverbots fordern, heißt es in dem Artikel weiter:

„Wenn man auf die Entwicklung der rumänischen Frage und Fragen während des letzten Jahres zurückblickt, und zwar vom Standpunkte des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten und ihrer Interessen, so stellt sich heraus, daß die Bedeutung Rumäniens eine immer geringere geworden ist. Zuerst hoffte man, Rumänien würde seinen Ländersverpflichtungen nachkommen oder deren Erfüllung mindestens durch eine gerechte und wohlwollende Neutralität andahnen. Das wäre in der ersten Periode des Krieges von starker Wirkung auf die Balkanlage, auf den Krieg gegen Rußland und in besonderer auch auf die Haltung Italiens gewesen. Das Gegenteil trat ein: Die Neutralität Rumäniens wurde dauernd übelwollend und die Tendenz, an der Seite unserer Feinde in den Kampf einzutreten, wuchs. . . Das Uebelwollen der rumänischen Neutralität zeigt sich dauernd weiter, einmal durch die erwähnten Ausfuhrverbote und ferner durch die Weigerung, Kriegsmaterialtransporte nach der Türkei durchzulassen, während die rumänische Regierung sich bereitwillig russische Kriegsmaterialtransporte auf der Donau nach Serbien passieren ließ und heute noch läßt. Diese Weigerung der Durchfuhr nach der Türkei hatte vor Monaten eine weit größere Bedeutung als seitdem, denn bekanntlich ist die Türkei auf solche Zufuhren nicht mehr angewiesen, sondern stellt sich ihren Bedarf selbst her. Damit ist natürlich der direkte und der politische Wert eines in Zukunft etwa erfolgenden rumänischen Entgegenkommens gesunken. . . Die Zeiten sind seit Monaten dahin, als Rumänien gewissermaßen als der Angelpunkt der Balkanentwicklungen galt. Diese Zeiten werden auch nicht wiederkommen. Man kann auch insofern also wohl das Drängen rumänischer Interessenten und Politiker verstehen, welche fürchten, Rumänien werde den „Anschluß“ verpassen“ oder habe ihn schon verpaßt. Wir wollen auf diese Frage heute nicht eingehen, dagegen mit Nachdruck den Umschwung der Lage gegen früher feststellen: Rumäniens Haltung und damit Rumäniens überhaupt als politischer Faktor sinkt im Kurse; auch als militärischer Faktor unter dem Gesichtspunkte, daß es gegen uns gehen könnte. Da hätte es nur in Kooperation mit Rußland etwas bedeuten, und auch diese Zeiten sind vorbei. Die Schlußfolgerungen aus diesen Betrachtungen zu ziehen, ist im Augenblicke nicht nötig. Ob die Rumänen das tun, interessiert uns um so weniger, als jene freundschaftlichen durch Ueberlieferung und deutscherseits durch festes Vertrauen geknüpften Beziehungen zu Rumänien kaum mehr als vorhanden betrachtet werden können.“

## Streik gefangener Oesterreicher in Toronto.

London, 4. August. (B. L. W.) Die „Times“ meldet aus Toronto: Oesterreicher verursachten einen Streik in dem Gefangenenlager von Getawawa in Ontario, fünfshundert von siebenhundert Gefangenen weigerten sich zu arbeiten. Die Offiziere setzten fünfshundert Streiker auf Brot und Wasser.

# Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 202 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde: 1., 2., 3. und 5. Garde-Regt. 3. P.; Grenadier-Regiment Alexander, Elisabeth und Kr. 5.; Grenadier-Regiment. Grenadier-Regt. Infanterie-Regt. 1. 6. 8 bis einschl. 12, 17, 20, 22, 23, 24, 35, 44, 46, 49, 55, 56, 57, 59 (s. auch Erf.-Inf.-Regt. (Grupp.), 60, 61, 63 (s. 5. Garde-Regt. 3. P.), 67, 68, 70, 78, 81, 85, 87, 91, 93, 97, 98, 111, 112, 114, 116, 118, 120, 131, 132, 137, 140, 141, 145, 146, 147, 150 (letzte beiden s. Inf.-Regt. Bülmer), 151, 152, 155, 160, 161, 164, 165, 167, 170 bis einschl. 174, 334, 336, 357, 359, 360, 363 und Inf.-Regt. Bülmer. Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 3, 5, 6, 7, 11, 12, 13, 15, 23, 25, 29, 36, 37, 48, 51, 61, 68, 69, 74, 77, 86, 87, 88, 91, 92, 99, 111, 118, 201, 202, 205, 221, 224, 250, 257, 258, 259, 261, 267, 270. Ersatz-Infanterie-Regimenter Königsberg Nr. 1 (s. Erf.-Inf.-Regt. v. Rufbaum), Grupp. und v. Rufbaum. Reserve-Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 1. Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 2 (s. auch Festungs-Infanterie-Regt. Nr. 3 (Thorn), 12, 19, 21, 31, 46, 47, 49, 71, 76, 77, 84, 118. Landsturm-Infanterie-Regimenter Nr. 3 und 115. Brigade-Ersatz-Bataillon Nr. 7 (s. Inf.-Regt. Nr. 357), 12 (s. Inf.-Regt. Nr. 359), 18 (s. Inf.-Regt. Nr. 360), 42 (s. Inf.-Regt. Nr. 365). Landsturm-Infanterie-Bataillone I Wittich (s. Inf.-Regt. Nr. 334), II Halberstadt, Marienburg, I Saarbrücken, Waldburg. 2. Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillon des 4. und 2. des 15. Armeekorps. Jäger-Bataillone Nr. 1, 6; Reserve-Bataillone Nr. 17, 24. Radfahrer-Kompagnie Müller des Gouvernements Elbau. Maschinengewehr-Abteilungen Nr. 3, 6, 7; 2. Maschinengewehr-Kompagnie Kamur; Feld-Maschinengewehr-Regt. Nr. 35, 61, 111 (s. Inf.-Regt. Nr. 91), 243 (s. Landsturm-Inf.-Regt. Nr. 3); Festungs-Maschinengewehr-Abteilungen Nr. 2 (Thorn), 3 (Thorn) und 8; Reserve-Festungs-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 2.

Kavallerie: Dragoner Nr. 9, 11, 14, 18, 22, 24; Husaren Nr. 11, 13; Reserve-Husaren Nr. 8; Wägen Nr. 1, 2 (s. Kav.-Regt. Frhr. v. Schlotheim); Jäger zu Pferde Nr. 4, 9, 13; Regiment Frhr. v. Schlotheim; 1. mobile Ersatz-Eskadron des 5. Armeekorps (siehe Kav.-Regt. Frhr. v. Schlotheim).

Feldartillerie: 5. Garde-Regiment; 1. Garde-Reserve-Regt.; Regiment Nr. 3, 18, 26, 33, 36 (s. Landm.-Feldart.-Regt. Nr. 9 und Feldfliegertruppe), 39, 47, 53, 70, 83, 84; Reserve-Regimenter Nr. 20, 29, 31, 66; Landwehr-Regiment Nr. 9.

Fußartillerie: 1. Garde-Regiment; 2. Garde-Reserve-Regiment; Reserve-Regimenter Nr. 4, 8, 11; Landm.-Bataillon Nr. 20; Ref.-Batterie Nr. 24; Schwere Feld-Donitz-Batterie Nr. 249.

Pioniere: 1. Garde-Bataillon; Regiment Nr. 18, 23, 25, 29, 86; Bataillone: I. Nr. 2, L und II. Nr. 7, 11. Nr. 17, I. Nr. 21, I. Nr. 28; Kompagnie Nr. 303; Reserve-Kompagnie Nr. 49. Leichte Minenwerfer-Abteilung Nr. 261; Mittlere Minenwerfer-Abteilung Nr. 156.

Verkehrsgruppen: Militär-Eisenbahndirektion Nr. 2; Eisenbahn-Regiment Nr. 2. Feldfliegertruppe. Kraftfahr-Bataillon. Train-Abteilungen Nr. 1, 4, 6, 9 (s. Feldfliegertruppe); Train-Ersatz-Abteilungen Nr. 7 und 17. Fuhrparkkolonne Nr. 5 des 1. und Nr. 7 des 21. Armeekorps; Magazin-Fuhrparkkolonne Nr. 16 des 21. Armeekorps und Nr. 186; Etappen-Fuhrparkkolonne Nr. 4; Feldbäckereikolonne Nr. 1 des 17. Armeekorps; Bäckereikolonne Nr. 11 der 11. Infanterie-Division.

Munitionskolonnen: Artillerie-Munitionskolonne Nr. 5 des 15. und Nr. 6 des 20. Armeekorps; Reserve-Artillerie-Munitionskolonnen Nr. 13 und 46; Fuhrartillerie-Munitionskolonnen Nr. 3 der 56. Infanterie-Division.

Sanitätsformationen: Sanitäts-Kompagnie Nr. 2 des 7. und Nr. 3 des 10. Armeekorps.

Armierungs-Bataillone.

Kriegsbesichtigungsämter.

# Soziales.

## Zum Koalitionsrecht.

In den letzten Jahren hatten die Organisationen der Krankenpfleger wiederholt Veranlassung, sich über Koalitionsverbote seitens einiger preussischer Landeshauptleute zu beschweren. Dem unterstellten Krankenpflegepersonal waren für den Fall der Zugehörigkeit zu einem Berufsverband allerlei Zwangsmaßnahmen, als schärfste die Entlassung, angedroht worden. Sämtliche bisher gewährten Vergünstigungen, wie der Bezug von Lebensmitteln, Kohlen usw., ja sogar Wohnungsgeldschädigung sollten hinfällig werden, sobald die Pfleger von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machten. Bei Kriegsbeginn hatte sich nun der auf dristlich-nationaler Grundlage stehende Deutsche Verband der Krankenpfleger und -pflegerinnen mit Eingaben an die Landeshauptleute gewandt, um unter Berufung auf eine Reihe behördlicher Verfügungen auch die Aufhebung der Koalitionsverbote zu erbitten. Es ist nun bezeichnend, daß von den eingegangenen Antworten, die in der „Sozialen Praxis“ veröffentlicht sind, überall nur die Ablehnung der Eingabe entnommen werden kann. Die Begründung ist in den Antwortschreiben fast überall von dem Bescheid des Landeshauptmanns der Provinz Westpreußen folgendermaßen niedergelegt:

„Nicht Anregung zu einer veränderten Stellungnahme gegenüber den Bestrebungen Ihres Verbandes vermag ich nicht zu entsprechen. Der wohlüberlegte Vorteil des Pflegepersonals der westpreussischen Heil- und Pflegeanstalten wird von dem Pflegepersonal selbst, von den Direktoren und Ärzten und von der Provinzialverwaltung jederzeit für ihre Pflicht erachtet, sich über die Lage der Pfleger in den übrigen Landesteilen zu unterrichten und Ungleichmäßigkeiten soweit möglich zu beheben. Daß nicht alle, auch nicht alle berechtigten Wünsche erfüllt werden können, ist eine Erfahrung, die der Stand der Krankenpfleger mit allen menschlichen Berufspfänden teilt. Mit der organisierten Selbsthilfe kann ihm in einem Rechtsstaat nicht gebietet sein. Niemand wird in Preußen gezwungen, Staats- oder Kommunalbeamter zu werden. Wer diesen Beruf unter den ihm bekannten Bedingungen ergreift und alsdann Vereinigungen beiträgt, die sich die Aenderung des Anstellungsvertrags in einseitiger Richtung zur Aufgabe machen, verstößt gegen die Treupflicht des Beamten.

Sie wollen hieraus ersuchen, daß es sich bei der von Ihnen berührten Frage keineswegs um „unbedeutende Einzelheiten“ handelt, sondern um einen allgemeinen und von jedem gesunden Gemeinwesen befolgten Grundsatz, nicht um eine parteipolitische Forderung, sondern um eine solche der Beamtendisziplin. Der disziplinierte Körper des deutschen Heeres und des deutschen Beamtenstandes bildet das feste Rückgrat der einmütigen Erhebung unseres Volkes, auf die Sie sich für die Bestrebungen Ihres Verbandes nur aus Wohlwollen berufen können. Die auch mir am Herzen liegende Einheit der Nation wird jedenfalls weniger gestört, wenn sich Untergebene mit begründeten Anliegen an vorgesetzte Behörden wenden, als wenn sie weitverbreitete Vereinigungen bilden, auf die der Staat oder der anstellende Landesteil keinen Einfluß ausübt.

gez. Freiherr von Senft-Billich.“

Für die Kommission des Reichstags, die zur Beratung einer Vereinsgesetzgebung eingesetzt ist, sollten diese Vorgänge recht beachtenswertes Material sein.

## Wer ist der Arbeitgeber?

Zwei Bücher verlagten beim Gewerbeamt der Raurer Koppe, den sie als ihren Arbeitgeber in Anspruch nehmen, während der Beklagte behauptet, er sei gar nicht selbständiger Gewerbebetreiber. Unfreiwillig hat er den Klägern die Ruhrarbeiten auf einem Billenbau im Grünwald versprochen. Sie nahmen deshalb keine andere Arbeit an, sondern warteten auf den Beginn der versprochenen Arbeit, die sie aber nicht bekamen. Sie bean-

spruchen deshalb Bezahlung der Wartegeld. Nach Angabe des Beklagten ist er von dem Bauherrn, einem Amtsrichter, mit der Leitung der Bauarbeiten beauftragt worden, nachdem der Zimmermeister Schulz, welcher die Ausführung des Baues als selbständiger Unternehmer übernommen hatte, als Soldat im Felde gefallen war. Der Beklagte sagt, er betradte sich nur als Angeestellter des Amtsrichters, der seine Villa in eigener Regie baue. Die Kläger weisen demgegenüber darauf, daß an dem Bau ein Schild angebracht war mit der Aufschrift: „Baugeschäft von Schulz, Ausführung der Maurerarbeiten Gustav Koppe.“ Hiernach müße doch — sagen die Kläger — der Beklagte Koppe als selbständiger Gewerbebetreiber angesehen werden. Uebrigens habe er schon früher selbständige Bauarbeiten ausgeführt. Der Beklagte bemerkt hierauf, er habe die Absicht gehabt, mit dem Zimmermeister Schulz ein Kompanietgeschäft einzugehen, diese Absicht sei aber noch nicht verwirklicht worden. Zusammengefaßt habe er mit Schulz schon früher.

Mit Rücksicht auf die zweifelhafte Rechtslage machte die Kammer 3 des Gewerbegerichts einen Vergleichsvorschlag, der dem Beklagten aber zu hoch erschien, weil er als Maurergeselle arbeitete und von seinem Lohn nicht soviel abstoßen könne. Es handelte sich um 60 M., die Hälfte der geforderten Summe. Eine noch geringere Abfindung lehnten die Kläger ab. — Darauf wurde die Klage wegen Unzuständigkeit des Gewerbegerichts abgewiesen mit der Begründung, der Beklagte sei kein Baugeschäftsbetreibender. Wenn er auch im vorliegenden Falle die Ausführung eines Baues übernommen habe, so habe er doch nicht zu erkennen gegeben, daß er dauernd einen selbständigen Gewerbebetrieb führen wolle. Aus diesen Gründen seien auch nicht die Kläger als gewerbliche Arbeiter des Beklagten anzusehen.

## Eine bedenkliche Wirtshofe.

Die bedenkliche Wirtshofe, von der gestern an dieser Stelle die Rede war, ist nicht, wie der Druckfehlerleutler leichtfertigweise angab, nach Hitterfeld, sondern nach Hitterfeld verbannt worden.

## Fürsorge für Schwerhörige.

Der Vorstand des „Schwerhörigen-Verbandes der Schwerhörigen Berlin“ teilt uns folgendes mit:

Die vom Verband geplante Fürsorge der durch den Krieg schwerhörig gewordenen und ertaubten Soldaten hat in zwei Richtungen zu geschehen: 1. in pädagogischer, 2. in sozialer.

1. Der Schwerhörigen-Verband ist bereit, in dem ihm von der Loge „Salise“ zur Verfügung gestellten Raum den schwerhörig gewordenen und ertaubten Kriegern kostenlosen Unterricht durch geeignete Lehrkräfte zu erteilen. Bei ertaubten selbstredend, bei schwerhörigen, die beiderseits gekünsterte Zahlen nur mehr in einer Entfernung von 50 Zentimeter und weniger vom Chöre entfernt verstehen, muß das Abgehen des Besprochenen eingehend geübt werden. Bei schwerhörigen ist außerdem ein geeigneter Hör- und Sprachunterricht vorzunehmen. Der Unterricht ist zwecks Erlangung eines dauernden Erfolges genügend lange Zeit  $\frac{1}{2}$  bis 1 Jahr fortzusetzen. Wiederholungskurse sind durchaus zu empfehlen. Bei Bedarf soll auch positiver Unterricht, wie Übungen im schriftlichen Ausdruck, Korrespondenz, Stenographie usw., betrieben werden.

2. In dieser Zeit hat auch die Fürsorge in sozialer Richtung zu geschehen. Diese plant die Errichtung eines Stellen- und Arbeitsnachweises, in Verbindung mit den bestehenden offiziellen Arbeitsnachweisen, um den Gehörlosig gewordenen passenden Verufe und Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen. Als geeignete Handwerke sind zu bezeichnen: Gärtnerei, Schuhmacher, Schneider, Buchbinder, Schriftsetzer, die meisten graphischen Verufe (Lithographie, Gravieren, Ziselieren, Formschneider, Reproduktionsphotographie usw.). Zum weiteren Ausbau dieses Unternehmens ist der Verband bereit, eine Sammlung ins Leben zu rufen, um den gehörlosig gewordenen Kriegern bei ihrem Ringen nach neuen Verufen auch finanzielle Unterstützung zu leisten.

Der Verband ist ferner in der Lage, den Gehörlosig gewordenen durch den Ankauf geeigneter und guter, von Kapazitäten der Ohrenheilanstalt empfohlener Hörapparate mit Rot und Lat zu Seite zu stehen. In seiner ständigen Ausstellung von Hörapparaten bei Herrn Seppner, S 47, Großbeerenstr. 54, ist Gelegenheit geboten, sich passende Hörapparate einzusehen und auszuprobieren. Durch ein Verzeichnis von guten wie minderwertigen Fabrikaten gerade auf diesem Gebiete kann der Schwerhörige durch diese Einrichtung vor leichtfertiger Ausbeutung bewahrt werden.

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 2. Berliner Reichstagswahlkr.**  
Aht. 8, Bez. 135.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gastwirt

**Paul Arndt**  
Rachmannstr. 5 nach langer, schwerer Krankheit verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 6. August, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Jerusalem's-Kirchhofes, Neuföhn, Hermannstr., aus statt.

Um rege Beteiligung erwartet  
206/16 Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreiss.**  
Stralauer Viertel, Bez. 338.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Portier

**Wilhelm Häusler**  
Lützauer Str. 8 gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 5. August, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Frankfurter Viertel, Bez. 200 1.  
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Bezirksführer, der Tischler

**Paul Küchler**  
Richtofenstr. 33 im Garnisonlazarett gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 5. August, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Garnisonkirchhofes, Müllersstr. 32, aus statt.

Görlitzer Viertel, Bez. 161.  
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Genosse

**Frau Ida Paulick**  
Lützauer Str. 46 gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 6. August, nachmittags 3 $\frac{1}{2}$  Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

**Verband der Bureauangestellten Deutschlands.**  
Ortsgruppe Groß-Berlin.  
Auf dem Schlachtfelde fielen folgende Kollegen:

Am 18. Juli 1915  
**Richard Pick**  
Krankenhausangestellter.  
Am 25. Juni 1915  
**Oskar Rieß**  
Krankenhausangestellter.

Ehre ihrem Andenken!  
Die Ortsverwaltung.

Den Geldentloß Hans Vaterland erllst am 17. Juli 1915 bei einem Sturmangriff durch Kopfschuß unter heftiger Kollage und Mitrarbeit, der Getreide der Reserve

**Paul Welz.**  
Wir werden das Andenken des so früh dahingegangenen Freundes stets in Ehren halten. 21336

Das gesamte Personal der Geschäftsbücherfabrik, Buchdruckerei und des Kontors der Firma Emil Jagert.

Gegen seiner Pflicht im Kampfe fürs Vaterland fiel am 16. Juli unser lieber Sohn und Bruder, der Ersatzreferent

**Friedrich Jantsch**  
im 27. Lebensjahre.  
In tiefstem Schmerz 2991

**Friedrich Huth** nebst Frau und Geschwistern  
Neuföhn, Anseebachstraße 84.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau und gute Mutter

**Frau Anna Schulz**  
geb. Zecker nach langem, schwerem Leiden am 2. August im 82. Lebensjahre verstorben ist. 21266

Der tieftrauernde Gatte u. Sohn **Julius Schulz** Wilhelm Schulz Bräuer Str. 22.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 6. August, nachmittags 3 $\frac{1}{2}$  Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakob-Kirchhofes, Hermannstr. 95/105, aus statt.

**Dankagung.**  
Für die zahlreiche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage hiermit allen Freunden und Bekannten sowie den Herren Meister Wernicke und Meister Scharnow, den Kollegen und Kolleginnen, dem Unterstützungsverein sämtlicher Verufe und den Mitgliedern des Wahlvereins sowie auch für die zahlreichen Kranzspenden meinen herzlichsten Dank.

Berlin, den 5. August 1915.  
**Witwe Marie Kiersch,**  
Wolffstr. 43. 6411

**Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

**Paul Arndt**  
Rachmannstr. 5, Bezirk 5, verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 6. August, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Jerusalem's-Kirchhofes, Neuföhn, Hermannstr., aus statt.

Um rege Beteiligung erwartet  
74/1 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiterverband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

**Paul Küchler**  
Richtofenstr. 33 im Alter von 41 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. August, nachmittags 3 Uhr, aus dem Garnison-Kirchhof in der Müllersstr. 32 statt.  
86/8 Die Ortsverwaltung.

Am 21. Juli 1915 starb den Geldentloß infolge Kopfschusses unser lieber, unvergeßlicher

**Paul Göhring**  
Fährtler im 3. Garde-Regt. zu Fuß im noch nicht vollendeten vierundzwanzigsten Lebensjahre. Du hast gehofft, geglaubt an eine Wiederkehr,  
Doch ach, Dein Platz in unserem Heim bleibt immer leer,  
Du suchst! — so jung! — so gut!  
Wir dürfen nicht die Hand zum Abschiedsgruß Dir geben,  
Schlaf wohl, für uns bist Du nicht tot,  
In unserem Herzen wirst Du ewig leben! 1591

Ruhe in Frieden!  
Gedächtnis von Deiner Familie  
**Müller und Lehmann.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 2. Berliner Reichstagswahlkr.**  
Aht. 8, Bez. 135.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

**Franz Berg**  
am 2. August im Alter von 27 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 5. August, nachmittags 4 $\frac{1}{2}$  Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Friedhofes in Weihensee aus statt.

66/3 Die Bezirksverwaltung.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 17. Juli bei einem Sturmangriff durch Kopfschuß mein unvergeßlicher, innig geliebter Mann, unser herzensguter Vater und einziger Sohn, Schwager, Rette u. b. Dank 21276

**Joseph Schumacher**  
(Infanterie-Reg. Nr. 58).  
In tiefer, unermesslicher Trauer  
Frau Gertr. Schumacher und Kinder nebst Eltern.

Am 16. März fiel als Opfer des Weltkrieges durch Kopfschuß mein lieber, guter Mann, der Landwirtschmann 21286

**Karl Seidenberg**  
im 44. Lebensjahre.  
In tiefer Trauer  
Frau Klara Seidenberg geb. Doll  
Krawinkel, Krawinkelstr. 25.

**Wichtige Neuerscheinung!**

**Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg**  
von Dr. Paul Lensch

Preis 1 Mark  
Ungekürzte Vereinsausgabe 40 Pf.

Aus dem Inhalt: Imperialistische Politik der Großmächte in den letzten fünfzehn Jahren; Die englische Weltherrschaft u. ihre Erschütterung durch den Krieg; Der russische Zarentum; Frankreich u. der Krieg; Deutsche Vergangenheit und deutsche Zukunft

Zu beziehen durch die  
**Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3**  
und alle Vorwärtsausgabestellen

Versicherungsfragen.

Eine Konferenz der Vertreter der Versicherten bei den Landesversicherungsanstalten, die erste dieser Art, hat am 2. August im Reichstagsgebäude getagt.

In das Referat über den ersten Punkt der Tagesordnung: „Die grundsätzliche Bedeutung des § 1274 R.V.O. und die Fürsorge für die Kriegsteilnehmer“ hatten sich Reichstagsabgeordneter Giesberts und Arbeitersekretär Wissell geteilt.

Die gleiche Einmütigkeit trat zutage bei dem zweiten Punkt, der Mitwirkung der Vertreter der Versicherten in den Vorständen und Ausschüssen der Landesversicherungsanstalten.

Am späten Abend schloß Abg. Bauer namens der Einkäufer die Verhandlung mit dem Wunsch, daß auch in Zukunft die Vertreter der verschiedenen gewerkschaftlichen Richtungen in bestimmten Fragen gemeinsam zusammenarbeiten mögen.

In der sehr lebhaften Diskussion sprachen sich alle Redner im Sinne der beiden Referenten aus. Erwähnenswert ist die Erklärung des Genossen Frähdorf, des Vorsitzenden des Verbandes der Krankenrentenempfänger, daß auch die Krankenrentenempfänger sich gern und freudig in den Dienst der gemeinsamen Sache stellen würden.

1. Die Träger der deutschen Arbeiterversicherung sind an der denkbar besten Stellung der verwundeten und erkrankten Kriegsteilnehmer aus lebhaftester Interesse.

ständig wie nur möglich wiedererlangen zu lassen, gebietet das finanzielle Interesse der Versicherersträger, jeden Versuch zu unterlassen, der diesem Ziele nahekommt.

2. Ueber die Gewährung des Heilverfahrens im Einzelfall hinaus wird man von der Vorschrift des § 1274 der R.V.O. Gebrauch machen dürfen, um zugunsten allgemeiner, auf die Hebung der Gesundheit der versicherungspflichtigen Bevölkerung gerichteten Bestrebungen Mittel der Landesversicherungsanstalten aufzuwenden.

3. Im Gegensatz zum Heilverfahren kann es sich bei den zu 2 bezeichneten, im einzelnen noch gar nicht zu übersehenden Aufwendungen aus § 1274 der R.V.O. nur um Unterstützung von Maßnahmen handeln, die durchzuführen in erster Linie dem Reich, daneben den Bundesstaaten und Gemeinden obliegen.

Eine über diese Grenzen hinausgehende Beteiligung der Landesversicherungsanstalten an dieser Aufgabe würde die Rücksicht auf die Interessen der Versicherten im allgemeinen vernachlässigen lassen und dazu führen, einer Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente, der nach Artikel 84 des Einführungs-gesetzes zur Reichsversicherungsordnung dem Reichstag noch in diesem Jahre zur erneuten Beschlußfassung vorzuliegen ist, oder der so dringenden notwendigen Erhöhung der Hinterbliebenen-bezüge Schwierigkeiten bereiten.

Wenn für die gesamten Kriegsfürsorgezwecke der vom Reichsversicherungsamt vorgesehene Betrag von circa 5 Proz. des Vermögens verwendet wird, so erscheint dies das alleräußerste, das dafür verausgabt werden darf.

Die gleiche Einmütigkeit trat zutage bei dem zweiten Punkt, der Mitwirkung der Vertreter der Versicherten in den Vorständen und Ausschüssen der Landesversicherungsanstalten.

In einer dritten Entscheidung erklärte die Konferenz periodische Aussprachen der Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber für ebenso notwendig, wie allgemeine Verhandlungen über die Grundfrage der Föhrung der Geschäfte der Landesversicherungsanstalten, und richtet an das Reichsversicherungsamt das Ersuchen, in Zukunft die Verhandlungen auf Kosten der Landesversicherungsanstalten herbeizuföhren.

Am späten Abend schloß Abg. Bauer namens der Einkäufer die Verhandlung mit dem Wunsch, daß auch in Zukunft die Vertreter der verschiedenen gewerkschaftlichen Richtungen in bestimmten Fragen gemeinsam zusammenarbeiten mögen.

Politische Uebersicht.

Fesselung politischer „Verbrecher“.

Wir haben kürzlich nach der Mannheimer „Volksstimme“ mitgeteilt, daß Genossen, die wegen angeblicher Verbreitung der Berner Frauenresolution verhaftet wurden, mit Handschellen gefesselt zum Verhör geführt wurden.

„Gegen die in dem Artikel bezeichneten Personen wird auf Antrag des Oberreichsanwalts in Leipzig vom Untersuchungsrichter beim Landgericht Karlsruhe gerichtliche Voruntersuchung wegen Landesverrats, § 89 St.G.B., geführt.

Tagegen wurde die Vorföhrung einiger der Festgenommenen an das Amtsgericht und vor den Untersuchungsrichter von dem mit der Vorföhrung beauftragten Beamten in der Weise ausgeföhrt, daß die Angeklagten zwar nicht mit Handschellen gefesselt, aber an einem Handgelenk mittels Jange geschlossen wurden.

Das Mannheimer Parteiblatt schreibt dazu unter dem Titel „Moralische Mißhandlung politischer Säflinge im „Musterlande“ Baden“:

worden seien; mörklich geschrieben wir, sie seien mit Handschellen gefesselt zum Verhör geföhrt worden. Woju also etwas „Bemerkungen“, was wir gar nicht behauptet hatten, wenn nicht zum Zweck der Verschleierung und Verwirrung?

Im übrigen haben wir in dem den Gegenstand der regierungs-offiziösen Auslassung bildenden Artikel unserer Nr. 204 uns auch mit dem Herrn Eisenbahnminister, Erz. Rheinbold, beschäftigt, der es — wie mitgeteilt — duldete, daß einer der verhafteten und noch keineswegs etwa auch schon schuldig befundenen Karlsruher Arbeiter kurzerhand „zur Strafe ohne Aufündigung des Dienstverhältnisses bei der Großh. Staatsbahndirektion entlassen“ wurde.

Das Verfallrecht in Baden.

Der badische Landtagsabgeordnete Strobel sollte dieser Tage in Bodesheim in einer öffentlichen Versammlung über Lebensmittelversorgung und Lebensmittelwucher sprechen.

Erzellenz Raempf.

Berlin, 4. August. (B. L. B.) Der Kaiser hat heute am Jahrestage der denkwürdigen Reichstagsföhrung vom 4. August dem Reichspräsidenten Dr. Raempf den Charakter als Wirkl. Geh. Rat mit dem Prädikat Erzellenz verliehen.

Nationalliberale und Regierung.

Die parteiamtliche Nationalliberale Korrespondenz veröffentlicht an der Spitze ihrer Mittwochsausgabe in Zeitdruck folgende Rundgebung:

„Verschiedene Äußerungen in der Presse und in Versammlungen unserer Partei aus jüngster Zeit haben angeht den Eindruck hervorgerufen, als ob den leitenden Stellen im Reich von seiten unserer Partei ein gewisses Mißtrauen entgegengebracht werde.

Der „Deutsche Kurier“ bemerkte hierzu: „Wie uns hierzu von zuständiger Seite mitgeteilt wird, geht diese Rundgebung weder von dem geschäftsföhrenden Ausschuß noch von dem Zentralvorstand der Partei aus, ist also jedenfalls nicht als eine amtliche Parteirundgebung zu betrachten.“

Der innerpolitische Kriegszustand.

In einer Betrachtung an den Jahrestag des 4. August schreibt der „Berliner Börsen-Courier“:

„Es verlohnt sich auch, der großen Wandlungen zu gedenken, die die Herrschaft des Kriegszustandes auf die innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland ausgeübt hat.

Wollen wir ihre Eigenart auf eine kurze Formel bringen, so bestand sie und besteht heute noch vor allem in einer Militarisierung unserer gesamten Verwaltung, zumal in ihren höchsten Stellen.

Im einzelnen trat die Militarisierung besonders hervor in den reichen Machtbefugnissen, die den kommandierenden Generalen in den Provinzen, in der Mark Brandenburg dem Oberkommando der Marine verliehen wurde.

Ein besonderes Kapitel des innerpolitischen Kriegszustandes bildete das Zurücktreten der Volksvertretung vor der Regierungsgewalt der Reichsämter und Ministerien.

Am deutlichsten hat sich dies auf dem wirtschaftlichen Gebiet gezeigt. Die freie Entwidlung des wirtschaftlichen Lebens hat weitgehende Einschränkungen erfahren.

Verschwiegen darf dabei nicht werden, daß bei aller Notwendigkeit dieser ganzen Entwidlung, innerpolitisch bedenklich bleibt die Stärkung der Bundesratsgewalt über den Einfluß des Parlaments. Genüß hat dieses „mitberaten“ und vor allem „mit zu bewilligen“ gehabt, wenn es sich um Geldausgaben handelte.

unbedenkliches Moment. Darüber zugunsten einer fortschrittlichen Entwicklung der inneren Politik Deutschlands hinwegzukommen, wird die zielbewusste Aufgabe der deutschen inneren Politik nach dem Kriege sein."

Wie es zu dieser Einschränkung der Volkvertreter-Rechte gekommen ist, erzählt am gleichen Tage der Abgeordnete Gothein. In der "Voss. Zig." schreibt er:

"Am zeitigen Vormittag des 4. August v. J. drängte ein kleiner Kreis von Abgeordneten, der sich zu einer Besprechung im Reichsamt des Innern eingefunden hatte, den widerstrebenden Vertretern des Bundesrats die Befugnis zu solchen gesetzlichen Maßnahmen auf, die sich zur Abhilfe wirtschaftlicher Schädigungen während der Kriegsdauer als notwendig erweisen würden. In dem Reichstag dem Bundesrat diese wirtschaftliche Diktaturgewalt übertrug, wahrte er gleichzeitig sein Recht dadurch, daß ihm die angeordneten Maßnahmen bei seinem Zutritt zur Kenntnis zu bringen und auf sein Verlangen aufzuheben sind."

Aber es waren Abgeordnete selbst, die sich eines Teils ihrer Rechte bemaßen, und heute liegt Gothein darüber, daß die Regierung mit der Zwangshyndikats-Verordnung sogar über die am 4. August 1914 erteilte Befugnis hinausgeht und auch die Regelung wirtschaftlicher Fragen für die Zeit nach dem Kriege selbständig vornimmt.

### Sparfamkeit gegenüber den Arbeitern.

Als nach Kriegsausbruch die Arbeitslosigkeit in Nürnberg sehr empfindlich wurde, erklärten sich die städtischen Arbeiter Nürnbergs freiwillig zu einer Verkürzung der Arbeitszeit um ein Drittel bereit, wodurch es möglich war, einige hundert Arbeitslose bei der Stadt zu beschäftigen. Damit hatten die städtischen Arbeiter selbstverständlich auch auf ein Drittel ihres bisherigen Verdienstes verzichtet. Viele Monate lang brachten die städtischen Arbeiter dieses Opfer, bis es infolge Rückganges der Arbeitslosigkeit möglich wurde, die frühere Arbeitszeit wieder einzuführen. Inzwischen sind die Preise aller Lebensbedürfnisse ungeheuer gestiegen, und es wurden Bestrebungen laut, den Arbeitern eine Leberungszulage zu gewähren, wie sie auch den städtischen Beamten anstandslos zugebilligt wurde. Der Ausschuss hatte für alle Arbeiter mit einem Jahreseinkommen unter 2000 M. eine Zulage von täglich 30 Pf. für männliche und 20 Pf. für weibliche Arbeiter beantragt. Im Magistrat erinnerten sich die Freisinnigen, die den bisherigen Beamtenaufbesserungen ohne weiteres zugestimmt hatten, bei den Arbeitern plötzlich ihrer Sparfamkeitssinn und legten mit 10 gegen 9 Stimmen einen Antrag durch, wonach die tägliche Zulage nur auf 20 Pf. bemessen werden soll. Am Dienstag hatte das Gemeindefakultät hierüber zu entscheiden. Von den Sozialdemokraten wurde der Antrag gestellt und mit aller Entschiedenheit vertreten, die ursprüngliche Ausschussfassung wieder herzustellen, während die Freisinnigen die Kürzung weiter verfolgten. Von den Mittelständlern und Nationalliberalen wurde ihnen eifrig beigegeben. Nach längerer Debatte wurde in dessen der sozialdemokratische Antrag mit 26 gegen 21 Stimmen angenommen.

### Futterfälschungen.

Bei der Verteilung der zuckerhaltigen und Kraftfuttermittel wirkt neben der Reichsfuttermittelstelle bekanntlich die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte mit. Der Reichsanwalt soll die Aufsicht ausüben. Trotz dieser Aufsicht scheinen sich da sehr bedenkliche Mißstände eingestuft zu haben. Die Leitung der Pippischen Wirtschaftsgemeinschaft, in der einige Kommunalverbände zu eigener Getreidewirtschaft vereinigt sind, sah sich dieser Tage veranlaßt, öffentlich zu erklären, daß in der Futtermittellieferung unerhörte Mißstände eingetreten seien. Bei Kraftfuttermitteln seien Beimischungen von 50 Proz. Sand festgestellt worden. Man lasse jetzt jede Lieferung untersuchen und bezahle nur den tatsächlichen Wert des Futtermittels. Gegen diese Schwindel lasse sich im übrigen schlecht etwas machen, denn wenn man sich allzulebte gegen die Abnahme derartiger Futtermittel sträube und überhaupt Schwierigkeiten mache, bekomme man von der Bezugsvereinigung gar nichts geliefert.

### Anzeigepflicht für Futtermittel.

Wer Futtermittel, die er nicht selbst verbraucht, in Mengen von zwei Zentnern aufwärts in Gewehrform hat und seiner Meldepflicht auf Grund der Bundesratsverordnung vom 28. Juni bisher nicht nachgekommen ist, wird von der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, Berlin W. 35, dringend ersucht, das Veräußerte ohne Verzug nachzubolen. Anmeldebogen können von der Bezugsvereinigung kostenlos bezogen werden. Der Anzeigepflicht unterliegen auch solche Futtermittel, die im besonderen Falle für die menschliche Ernährung oder zur Verarbeitung für diesen Zweck bestimmt sind, wie Mais, Ackerbohnen, Sojabohnen, Malzkeime usw. Die Unterlassung der Anzeige zieht hohe Strafen nach sich.

### Vertrieb von zuckerhaltigen Futtermitteln.

Die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, G. m. b. H., Berlin W. 35, gibt folgendes bekannt: Seitens einiger Zuckerkonsumfirmen ist in letzter Zeit der Verkauf gemacht worden, Verkäufe von Rohzucker an Kommunalverbände oder direkt an Verbraucher zu bewirken. Derartige Verkäufe sind unstatthaft, da nach § 5 der Verordnung betreffend den Verkehr mit Zucker vom 12. Februar 1915 in Verbindung mit der Nachtragsverordnung vom 15. April 1915 über Rohzucker aus dem laufenden und aus früheren Betriebsjahren nur nach näherer Bestimmung des Reichsanwalters verfügt werden darf. Ein Verkauf gegen diese Bestimmung ist strafbar. § 9 der genannten Verordnung bedroht mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 15 000 M. denjenigen, der unbefugt Rohzucker verkauft, kauft oder ein anderes Gewerbegeschäft über sie abschließt. Nach unserer Kenntnis werden freihändige Verkäufe von Zucker zu Futterzwecken die nachträgliche nähere Bestätigung des Reichsanwalters in Form einer Genehmigung der Abschlüsse nicht erhalten. Der Vertrieb von zuckerhaltigen Futtermitteln erfolgt laut Bundesratsverordnung vom 12. Februar 1915 ausschließlich durch die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte.

### Die unbefugten Reichstagsmandate in Elsaß-Lothringen.

Seit Beginn des Krieges sind die beiden elsass-lothringischen Wahlkreise Metz und Rappoltsweiler im Reichstage nicht mehr vertreten. Der beiden Mandatsinhabern Weill und Wetterlé ist die Würde eines deutschen Volkvertreter aberkannt worden. Nach den vorliegenden Bestimmungen müssen in den beiden Kreisen Ersatzwahlen vorgenommen werden. Die Kriegsverhältnisse stehen dem aber gerade in Elsaß-Lothringen hindernd im Wege. Es werden daher, wie die "Neue Gesellschaftliche Korrespondenz" hört, wahrscheinlich im Laufe des Krieges in diesen beiden Wahlkreisen keine Ersatzwahlen mehr stattfinden.

### Keine Volkszählung am 1. Dezember.

Die Volkszählung 1915, die nach den bisherigen Gepflogenheiten am 1. Dezember 1915 stattfinden würde, wird nach einer Mitteilung des kaiserlichen Statistischen Amtes nicht an diesem Tage abgehalten, sondern auf einen noch später zu bestimmenden Termin verlegt werden. Das Reichsamt des Innern hat Anweisung ergehen lassen, die Frage der Veranstaltung der nächsten Volkszählung wegen

der durch den Krieg bedingten Veränderung der Verhältnisse bis nach Friedensschluß zurückzustellen.

### Vorgehen aller amerikanischen Staaten gegen Mexiko.

Washington, 4. August. (B. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die bevorstehende Konferenz der lateinisch-amerikanischen Republiken und der Vereinigten Staaten über den Zustand in Mexiko erregt großes Interesse. Wie verlautet, werden die Vereinigten Staaten keinen Plan vorlegen, sondern die lateinischen Republiken auffordern, Vorschläge zu machen. Es wird erwartet, daß, was immer für ein Kurs eingeschlagen wird, auf die widerspenstigen mexikanischen Parteien durch die Verhinderung der Waffeneinfuhr ein Druck ausgeübt werden wird. Es ist jedoch deutlich, daß es schließlich doch zu einem bewaffneten Eingreifen der Vereinigten Staaten, wenn möglich zusammen mit anderen amerikanischen Staaten, kommen wird. Lansing teilte mit, daß er bei Villa neuerdings gegen die Beschlagnahme des Eigentums fremder Kaufleute, der Bergbaugesellschaften in Chihuahua protestiert habe.

### Die Unruhen in Mexiko.

London, 4. August. (B. L. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus El Paso: General Villa hielt in Chihuahua eine herausfordernde Rede gegen die Vereinigten Staaten, setzte darauf 42 Kaufleute gefangen und ließ sechs hinrichten, um eine Anleihe zu erzwingen.

Washington, 4. August. (B. L. B.) General Junston, der die amerikanischen Grenzschutztruppen befehligt, meldet, daß es bei Brownville zu einem Schermüßel zwischen zwölf amerikanischen Soldaten und einem zahlreichen Trupp mexikanischer Räuber gekommen sei. Drei Amerikaner seien verwundet worden. Junston sandte Verstärkungen.

## Aus der Partei.

### Die Kontrollkommission zu den Stuttgarter Differenzen.

Die Kontrollkommission, die in voriger Woche von Dienstag bis Donnerstag wegen des württembergischen Parteikonfliktes in Stuttgart tagte, ist zu dem Beschluß gekommen, die Entscheidung über die Beschwerde der Parteileitung des alten Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart und des Kreisverbandes des 10. württembergischen Reichstagswahlkreises gegen den Parteivorstand vorläufig auszusuchen. Und zwar soll der Parteivorstand um die Einleitung neuer Verhandlungen zwischen den streitenden Parteien ersucht werden.

### Zur Entstehung einer neuen sozialdemokratischen Fraktion im württembergischen Landtag.

Der "Bremer Bürgerzeitung" wird geschrieben: Gegenüber den unrichtigen Darstellungen in der bürgerlichen und einem Teil der parteigenössischen Presse über die Entstehung einer neuen Fraktion seien hiermit kurz die Vorgänge, die sich vorher abspielten, mitgeteilt. In der Fraktionsitzung am 11. Juni teilte der Vorsitzende Keil mit, daß er den Genossen Westmeyer nicht mehr eingeladen habe, da Westmeyer nicht mehr Mitglied der Landesorganisation und der Gesamtpartei sei und somit auch nicht mehr Mitglied der Fraktion sein könne. Döschla widersprach dieser Auffassung. Solange der Parteitag nicht über die württembergischen Differenzen gesprochen habe, sei Westmeyer als Fraktionsmitglied zu behandeln; die Tatsache, daß sich die Kontrollkommission mit der Sache beschäftige, sei Beweis genug, daß es sich noch um eine Parteianglegenheit handle. Einem Antrag Döschlas, die Fraktionsitzung zu vertagen und Westmeyer zur nächsten Sitzung zu laden, stimmten die Genossen Hornung und Engelhardt zu. Genosse Sperla enthielt sich der Abstimmung, erklärte aber, daß auch er der Meinung sei, Westmeyer müsse geladen werden, nur sei er nicht für die Vertagung der Sitzung. In der gleichen Sitzung wurde gegen den Widerspruch der Genossen Engelhardt und Döschla beschlossen, bei der Generaldebatte zum Etat auf eine Diskussion zu gichten.

Bei der ersten Lesung des Etats meldete sich Westmeyer zum Wort und erklärte: Die Abmachungen der Fraktionen untereinander seien für ihn nicht bindend, da er an dem Beschluß nicht mitgewirkt habe und er auf das Wort nicht verzichten könne.

Darauf erklärte Keil: Westmeyer sei nicht mehr Mitglied der Fraktion. Der Zentrumsführer Gröber sprang Keil bei und beantragte Schluß der Debatte und Ueberweisung des Etats an die gemeinsamen Ausschüsse. Gegen den Schluß der Beratung stimmten mit Westmeyer Engelhardt und Döschla. Anschließend an die Plenarsitzung fand eine Sitzung der Fraktion statt. In dieser wurden Engelhardt und Döschla wegen der begangenen "Disziplinwidrigkeit", d. h. weil sie dafür eintraten, daß Westmeyer nicht mundtot gemacht werde, zur Rechenschaft gezogen.

Nach längerer Debatte erklärte Engelhardt, daß er nach wie vor den Ausschluß Westmeyers aus der Fraktion für ungerichtlich halte, sich mit Westmeyer solidarisch erkläre und bis auf weiteres auf Einladungen zur Fraktionsitzung verzichte. Döschla, der aufgefordert wurde, sich zu erklären, ob er sich den Beschlüssen der Fraktion fügen wolle, erklärte: "Fraktionsbeschlüssen werde ich mich nicht fügen, wenn diese nach meiner Ueberzeugung gegen unsere Parteigrundzüge oder gegen Parteitagbeschlüsse verstoßen, eine Erklärung, die ich bereits bei meinem Eintritt in die Fraktion abgegeben habe; heute füge ich noch hinzu, daß ich mich auch dann nicht fügen werde, wenn durch Beschlüsse alte sozialdemokratische Traditionen aufgegeben werden sollen." Da nach der Geschäftsordnung der Zweiten Kammer nur Mitgliedervereinigungen nicht mundtot gemacht werden können, war es nach dem Gewaltakt von Keil und Genossen nur selbstverständlich, daß sich Engelhardt, Döschla und Westmeyer zu einer Mitgliedervereinigung zusammenschließen mußten. Döschla teilte seinen Entschluß dem Fraktionsvorstand in folgendem Schreiben mit:

An den Vorstand der sozialdemokratischen Landtagsfraktion.

Genossen!

Da der Genosse Westmeyer nach meiner Ueberzeugung zu Unrecht aus der Fraktion ausgeschlossen wurde, erkläre ich mich, wie Genosse Engelhardt am 25. Juni, mit Westmeyer solidarisch und verzichte so lange auf Einladungen zu den Fraktionsitzungen, bis die württembergischen Parteidifferenzen erledigt sind.

Ein recht bezeichnender Vorgang mag hierbei Erwähnung finden:

Der Genosse Engelhardt war im April vorigen Jahres zugunsten des Genossen Dr. Lindemann auf dessen Wunsch aus dem volkswirtschaftlichen Ausschuss geschieden, um diesem die Teilnahme an der Beratung eines Kleinwohnungsgesetzes zu ermöglichen, jedoch unter der ausdrücklichen Bedingung, daß er nur für dieses spezielle Gesetz zurücktrete; sobald dieses erledigt sei, wolle er wieder als händiges Mitglied in den Ausschuss eintreten. Das Gesetz kam infolge des Kriegsausbruchs nicht zur Beratung und Genosse Dr. Lindemann schied aus dieser Kommission wieder aus. Was taten aber nun Keil und Genossen? Ohne Engelhardt auch nur zu fragen, schlugen sie einen der ihren in diesen Ausschuss vor, der dann auch gewählt wurde. Dazu die Tatsache, daß Keil, Lindemann, Heymann und Sperla in je drei Kommissionen sitzen, Engelhardt in keiner einzigen, beweist zur Genüge, wie die Keil und Genossen ihre Mehrheit in der Fraktion mißbraucht haben.

Auf Beschwerde des Genossen Engelhardt wegen dieser un-

kollegialen Behandlung hatte Keil noch den Mut, zu behaupten, für ihr Verhalten seien sachliche Gründe maßgebend gewesen.

Ein am 26. Juni unternommener Versuch der Genossen Keil, Heymann und Lindemann, auch den Genossen Döschla aus dem Ausschuss für die innere Verwaltung herauszubringen, scheiterte an dem Widerstand des letzteren.

Die Entziehung der neuen Gruppe, Sozialistische Vereinigung, ist sonach nur eine unausbleibliche Folge der Gewaltpolitik von Keil und Genossen und wird sich bald genug als notwendige Einrichtung zur Vertretung sozialdemokratischer Grundzüge im württembergischen Landtag erweisen.

Sozialdemokratischer Verein Stuttgart.

### Mannheim gegen Kolb.

Zu dem unter der obigen Ueberschrift gebrachten Versammlungsbericht der Mannheimer Parteiorganisation war uns ergänzend mitgeteilt worden, daß der Referent Reichstagsabg. Oskar Ged erst nach dem Verlauf der Diskussion in der von ihm vorgelegten Resolution einen Passus eingefügt habe, in der er sich auch gegen die Schädigungen der Parteieinheit von rechts wehrte.

Genosse Ged ersucht uns nun mitzuteilen, daß er nicht erst in der Resolution, sondern schon in seinem Referat sich gewandt habe gegen alle politischen und taktischen Extravaganzen, die von rechts so gut wie von links zu unterbleiben haben, damit die Spaltung der Partei unter allen Umständen vermieden werde.

Nikolaus Schleich, einer der ältesten Parteigenossen Stuttgarts, ist dieser Tage im Alter von 70 Jahren gestorben. Schon unter dem Sozialistengesetz machte sich der Verstorbenen um die Arbeiterbewegung verdient. Er war ein besonders eifriger Förderer seiner Gewerkschaft, des Deutschen Buchbinderverbandes. Bei allen Veranstaltungen der Partei und Gewerkschaft war Schleich zu treffen, dessen schlichter, ehrlicher Charakter ihm Achtung und Liebe sicherten bei allen, die ihn kannten.

### Aus den Organisationen.

Eine Konferenz der Parteifunktionäre von Groß- und Thüringen, an der auch die Reichstagsabgeordneten aus sechs Wahlkreisen teilnahmen, fand am 1. August in Weimar statt. Nach einer eingehenden, sehr sachlichen Aussprache wurde folgende Resolution, gegen eine Stimme, angenommen:

"Bezüglich der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei, wegen der Haltung der Reichstagsfraktion, ist die Konferenz der Ansicht, daß alle Teile bestrebt waren, mit ihrer Haltung den Gesamtinteressen der Partei und dem Volke zu dienen."

Die Konferenz erblickt in der Haltung des Genossen Paase keine Schädigung der Partei, sie erkennt ihm vielmehr das Recht zu, wie jedem Mitglied, seine Meinung frei zum Ausdruck zu bringen.

Es wird jedoch erwartet, daß auf allen Seiten danach gehandelt wird, die Geschlossenheit der Partei und damit die Schlagkraft derselben zu erhalten, um — wenn es dringender als je notwendig ist — die Interessen des Volkes so zu vertreten, wie es die Partei ihren Grundgesetzen schuldig ist.

Die Bezirkskonferenz für Groß- und Thüringen erklärt sich mit allen Bemühungen, . . . einverstanden.

Demgemäß erachtet die Konferenz es als nächste Aufgabe der Reichstagsfraktion, von der Regierung zu verlangen, daß sie jede . . . ablehnt. Gibt die Regierung diese Erklärung nicht ab, so verhindert sie den von der Sozialdemokratie erstrebten . . . und deshalb ist es dann Pflicht der Fraktion, . . .

Die Konferenz erwartet ferner, daß die Fraktion von der Regierung wiederum und auf das allerentschiedenste fordert, daß die Ausweitung des Volkes durch Beschlagnahme aller Nahrungsmittel und durch Festsetzung mäßiger Höchstpreise beseitigt und die Zensur und die Einschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts aufgehoben wird."

In einer sehr gut besuchten Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Reichstagswahlkreis Augsburg-Berlingen-Schwabmünchen, die am 31. Juli stattgefunden hat, wurde nach einem Referat des Genossen Simon-Augsburg über die Stellung der sozialdemokratischen Partei zum Kriege folgende Resolution einstimmig angenommen:

"Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Augsburg-Berlingen-Schwabmünchen erklärt ihre Uebereinstimmung mit dem Verhalten der Reichstagsfraktion, des Parteivorstandes und des Parteiaussschusses in der Frage der Bewilligung der Kriegskredite."

Die Versammlung hält in gegenwärtiger schwerer Zeit die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei für notwendiger als je und verurteilt auf das allerentschiedenste jeden Versuch, diese Einigkeit zu gefährden und so die Aktionskraft der Partei zu lähmen, gleichviel von welcher Seite dieser Versuch unternommen wird."

Im Interesse . . . wird von der Reichstagsfraktion erwartet, daß sie mit Entschiedenheit die Freigabe der Erörterung der Kriegsziele von der Reichsregierung verlangt."

Ferner wird von der Reichstagsfraktion das tatkräftige Eintreten für die wirksame Belämpfung des Wachstums mit den notwendigen Lebensmitteln und Verbrauchsgegenständen gefordert."

Der Vorstand der Parteiorganisation des 7. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreises, dem außer dem Ortsverein Groß-Riel noch 19 Ortsvereine angehören, hat eine Probe aufs Exempel veranstaltet, wie die Stellungnahme der Mitglieder zu den gegenwärtigen Parteidifferenzen ist. Zu diesem Zweck fanden in der Zeit vom 17. Juli bis 1. August in allen Ortsvereinen, mit Ausnahme eines einzigen, Versammlungen statt. Eine vom Vorstand vorgelegte Resolution wurde in 13 Ortsvereinen einstimmig angenommen, in 5 Ortsvereinen stimmten 172 Mitglieder dafür und 2 dagegen, 21 enthielten sich der Abstimmung. In Groß-Riel stimmten etwa 700 dafür und etwa 60 dagegen. In großen und ganzen waren die Versammlungen gut, teilweise sehr gut besucht. In verschiedenen Orten fehlten nur wenige von den noch vorhandenen Mitgliedern.

In der Resolution wurde die Haltung des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion gebilligt, ihnen das Zeugnis ausgestellt, daß sie im Interesse der Sicherstellung der Volksernährung und . . . alles getan haben, was sie tun konnten. Das Vorgehen einzelner Parteigenossen in führender Stellung wird als parteischädigend und unseren Grundgesetzen widersprechend bezeichnet. Das Treiben der Opposition bedeute eine systematische Untergrabung der so bitter notwendigen Parteieinheit und eine schwere Schädigung der politischen und wirtschaftlichen Interessen der deutschen Arbeiterklasse. Es wird weiter in der Resolution die Erwartung ausgesprochen, daß Parteivorstand und Reichstagsfraktion unerschütterlich auf dem bisherigen Standpunkt beharren, damit . . .

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eingestelltes Strafverfahren. Durch Gerichtsbeschluss ist, wie der "Sozialdemokrat", das Mitteilungsblatt für die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart, meldet, das Strafverfahren gegen Westmeyer, Crispian, Ridel und Schumacher wegen Vergehens gegen § 3b des Gesetzes über den Belagerungszustand eingestellt worden. Die Kosten des Verfahrens übernimmt die Staatskasse. Der angezogene Paragraph bedroht den mit Gefängnis bis zu einem Jahre, der ein vom Militärbefehlshaber im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenes Verbot übertreift oder zu solcher Uebertretung auffordert oder anreizt. Die Beschuldigten sollten diesen Paragraphen dadurch verletzt haben, daß sie in unerlaubten Versammlungen als Leiter oder Redner aufgetreten sind.

# Gewerkschaftliches.

## Keine Teuerungszulage im Baugewerbe!

Die zur drückenden Last gewordene Teuerung aller täglichen Lebensbedürfnisse und Gebrauchsgegenstände hatte die Vorstände der an dem Tarifvertrag für das Baugewerbe beteiligten Arbeiterorganisationen veranlaßt, dem Vorstand des Deutschen Arbeiterbundes für das Baugewerbe die Wünsche der Bauarbeiter aus allen Gegenden Deutschlands um Gewährung einer Teuerungszulage zu unterbreiten.

Andererseits die Vorstände anderer Unternehmerorganisationen, die ihren Mitgliedern empfahlen, den Arbeitern eine Teuerungszulage zu gewähren, solche zum Teil auch mit den in Frage kommenden Vorständen der Arbeiterorganisationen vereinbart haben, hat der Vorstand des Deutschen Arbeiterbundes für das Baugewerbe es seinen Mitgliedern verboten, irgend eine Teuerungszulage zu gewähren. Allzugroß konnte die Hoffnung auf eine zustimmende Antwort bei den Vorständen der Arbeiterorganisationen deshalb auch nicht sein. So sind sie denn durch die ablehnende Antwort des Arbeitgeberbundes auch kaum enttäuscht worden.

In der den Organisationsvorständen zugegangenen Antwort wird die Tatsache der Teuerung und auch die Notlage der Arbeiter nicht angezweifelt, sondern ohne weiteres zugegeben. Aber in einer viel größeren Notlage befinden sich — wenn man dem Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe glauben will — die Unternehmer, die neben der Teuerung auch noch nicht einmal einen Verdienst, wohl aber ständig wachsende Kosten und die Verzinsung ihrer drachliegenden Anlagen zu tragen haben. Selbst diejenigen Bauunternehmer, die während des Krieges noch beschäftigt waren, haben fast ohne jeglichen Nutzen, oft sogar mit Verlust gearbeitet, der durch die Preissteigerungen der Baumaterialien, durch erhöhte Transportkosten, durch Unterbietungen bei Submissionen usw. verursacht worden ist.

Unter diesen Umständen war es dem Arbeitgeberbund überhaupt nur schwer möglich, die Tarislöhne aufrecht zu erhalten. Der Arbeitgeberbund rechnet es sich als großes Verdienst an, daß dies geschehen ist. Die Teuerungszulage sieht der Arbeitgeberbund als eine „Erhöhung der Tarislöhne“ an, die eine tatsächliche Ausschaltung des wichtigsten Teils der Verträge bedeuten würde, da die Lohnfrage für die Tarifdauer endgültig geregelt ist. In diesem Satz liegt sozusagen die „wissenschaftliche Begründung“ des Arbeitgeberbundes, mit der er seine Ablehnung ganz besonders zu rechtfertigen sucht. Dabei muß er zu der nicht einwandfreien Darstellung kommen, es seien die Tarislöhne im Baugewerbe Maximallöhne, die eine Zulage in keiner Form zulassen, ohne daß dabei der Tarifvertrag verletzt würde. In Wirklichkeit sind die Tarislöhne im Baugewerbe nichts anderes als Minimallöhne, wenn dies auch nirgend besonders ausgedrückt worden ist. Die Richtigkeit dieser Auffassung dürfte auch zur Genüge dadurch bewiesen werden, daß Versuche des Arbeitgeberbundes bei früheren Verhandlungen, die Lohnsätze als Maximallohnsätze festzulegen, niemals eine Beachtung gefunden haben. Also ist dieser „wissenschaftliche“ Grund nichts weiter als ein Scheingrund. Auch ist die Teuerungszulage keine allgemeine Lohnerhöhung, da sie, wie das Wort schon besagt, doch nur für die Zeit der Teuerung gefordert wird.

Aber einen Ausweg aus dem Labyrinth der Teuerung hat der Vorstand des Arbeitgeberbundes doch gefunden. Zur Verringerung der Notlage schlägt er die Leistung von Mehrarbeit über das sonst übliche Maß hinaus vor. Durch Ausfüllung von Akkordarbeit und Verlängerung der Arbeitszeit durch Einschaltung von Ueberstunden soll die durch die Teuerung geschaffene Notlage der Bauarbeiter beseitigt werden. Deutlicher kann man seine soziale Minderwertigkeit doch nicht zur Schau stellen, als wie mit einem solchen Vorschlag. Beim Hungern auch noch mehr und länger arbeiten! Das kostet freilich den Bauunternehmern nicht einen Pfennig, sondern bringt ihnen noch was ein, wenn sich die Arbeiter darauf einlassen. In diesem Falle bestehen beim Arbeitgeberbund auch keine Bedenken über die Ausschaltung eines sehr wichtigen Teiles des Vertrages. Bekanntlich ist die normale Arbeitszeit im Baugewerbe im Deutschen Reich schon seit dem Jahre 1910 auf zehn Stunden täglich festgesetzt, und nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen oder in sehr dringenden Fällen, wenn z. B. Menschenleben in Gefahr sind, kann eine Verlängerung der Arbeitszeit durch Ueberstunden herbeigeführt werden. Es ist aber mindestens sehr fraglich, ob, vom hygienischen Standpunkt aus betrachtet, man älteren und schwächlichen oder gar kränklichen Arbeitern, die jetzt aus bekannten Gründen auf den Bau stellen die Mehrzahl bilden, bei einer unzureichenden Ernährung auch noch die Aufwendung einer erhöhten Arbeitskraft und eine längere Arbeitszeit als bisher zuzumuten darf.

Aber der Deutsche Arbeiterbund für das Baugewerbe mußte doch seine ablehnende Haltung zu einer Teuerungszulage „begründen“. Und da er die Notwendigkeit einer solchen Zulage nicht bestreiten konnte, so mußte er „beweisen“, daß man den Hunger durch vermehrte Ausnutzung der Arbeitskraft bannen kann.

## Berlin und Umgegend.

### Schlechte Konjunktur — wenig Arbeitslose!

Dieser scheinbare Widerspruch besteht gegenteilig im Berliner Töpfergewerbe. Die Konjunktur ist derartig schlecht, daß nur ein Drittel der Berliner Töpfer im Beruf arbeiten können. Und doch gibt es keine Arbeitslosen im Gewerbe. Das erklärt sich daraus, daß zwei Drittel der Töpfer in anderen Berufen Unterkunft gefunden haben. Mitbewerter hat natürlich auch die Forderung zum Meer. Im Töpferberuf ist wenig zu tun. Ein großer Teil hat das Geschäft zugemacht. Insbesondere hat der Krieg mit den Kleinrenten aufgeräumt. In der Quartalsversammlung der Berliner Filiale des Verbandes wurde gerügt, daß es Töpfer gibt, welche zugleich die Handlangerarbeit mitverrichten. Das ist unzulässig und bewirkt ein Sinken der Löhne. Der Nachweis vermittelt keinen Töpfer unter 8 M. pro Tag. Eine Verringerung des Arbeitsmarktes ist vorläufig nicht zu erhoffen. Auch der Wiederaufbau der zerstörten Provinzen läßt bis jetzt eine solche Aussicht nicht zu. Einzelne Arbeiter wurden ja schon nach Döpreußen verlangt. Künftig warnte in der Versammlung davor, die Arbeit in anderen Berufen leichtfertig aufzugeben, um wieder im Töpfergewerbe Unterkunft zu suchen. 100 Mitglieder hat die Filiale im Krieg gewonnen. Es sind von der Organisation schon Schritte unternommen worden zwecks Errichtung eines partiellen Arbeitsnachweises. Die Unternehmer haben sich dabei den Wünschen der Arbeiter zugänglicher gezeigt als sonst.

Trotzdem ist es auf einigen Bauten zu Streikfällen gekommen. Eine Kriegszulage zu geben haben die Unternehmer abgelehnt. 488 Mitglieder sind eingezogen.

## Die Arbeitsverhältnisse der Elektromonteurs.

Die Notiz über die Arbeitsverhältnisse der Elektromonteurs in Nummer 109 des „Vorwärts“ bedarf in einigen Punkten der Berichtigung:

In dem Satz: „unter den Befragten sind 88 Monteurs und 14 Helfer festgestellt,“ muß es heißen: 122 Monteurs und 14 Helfer.

In dem Satz: „während 89 Monteurs und 100 Helfer etwas mehr als den tariflichen Höchstlohn erhalten,“ muß es heißen: 89 Monteurs und 97 Helfer.

In dem Satz: „am niedrigsten sind die Löhne in der L.-Abteilung der A. E. - G.“ muß es heißen: in der Z.-Abteilung der A. E. - G.

## Aus Groß-Berlin.

### Der Schuljugend Ferienspiele.

Die Ferienspiele der Stadt Berlin sind eine recht segensreiche Einrichtung, insbesondere die Außenspielfläche, wie wir uns wiederholt überzeugten.

Kürzlich hatten wir Gelegenheit, den im Grunewald bei Eichkamp befindlichen Spielfeld zu besichtigen. Er ist auf einem Gelände errichtet, das zugleich der Sportplatz größerer Turnerverbände ist. Die für die Kinder notwendigen Einrichtungen sind von der Stadt Berlin errichtet worden, die auch die Pacht für den Platz aufbringt. Eine weitgedehnte Fläche ist es, die dem Spiel der Jugend dient und auf der sich, wenn es sein muß, Tausende und mehr tummeln können. Aus NW und SW kommen die Kleinen während der Ferien hierher, um die Tage in frischer Luft zuzubringen. Die verschiedenen Abteilungen sind nach den Sammelstellen benannt und abgetrennt, und jedes Kind führt als Legitimation eine Karte mit dem entsprechenden Anfangsbuchstaben mit sich, die ihm nicht nur Eingang zum Platz verschafft, sondern auch die Gaben der Küche und des Präsidentschreibers sichert. Allerdings kommen auch, wenn man so sagen will, „blinde Passagiere“ mit, das sind die nicht schulpflichtigen Kinder. Sie würden oft das Mitkommen der älteren Geschwister, die als ihre Hüter und Pfleger zu Hause gebraucht werden, in Frage stellen und so läßt man es geschehen, daß „Unbefugte“ sich zum „Platz an der Sonne“ drängen. Und Sonne ist meist vorhanden, die alte, ewigjunge Lichtspenderin hat in der Zeit der Ferien nicht allzuoft ihr lächelndes Gesicht mit Wolkenfleckern umhüllt, und der lieben Jugend frohe Stunden und Tage gegönnt.

Als wir da waren, schien sie erst grämlich gestimmt. Durch einige Tränengüsse am frühen Morgen hat sie sogar eine erkleckliche Anzahl der Kleinen küßlicher kopfschüttel gemacht, so daß sie zu Hause blieben. Aber die andern brachen von ihren Sammelplätzen auf mit dem ehernen Vorsatz: und wenn es Pfastersteine regnet! Bald zeigte es sich, daß sie das Bessere gewählt hatten, die Sonne wollte nur ein bißchen nicken, nach und nach enthüllte sie ihre Schönheit und warm strahlten ihre Strahlen durch die Kronen ferbendmüder Kleiner.

Mit der Stadtbahn und der Hochbahn ziehen die Schüler und Schülerinnen des Morgens hinaus und des Abends wieder heim. Emsig wie Bienenschwärme und fröhlich zwitschernd wie Vogelscharen füllen sie die Wagen und belagern die Fenster zur Ausschau. Am Ausgangspunkt treten sie den Marsch an durch den Wald, ihrem Ziele zu. Vom Bahnhof Eichkamp und der Untergrundstation Reichskanzlerplatz ziehen sie in langen Reihen heran. Draußen erhalten sie ihr Frühstück, Kaffee und je zwei Schrippen, dann geht es zum fröhlichen, teils gemeinsamen, teils einzelnen Spiel über. Jede Sammelstelle hat ihren eigenen Platz und ihr eigenes Spielzeug, Faustball, Tamburin, Springspiel usw. Manche ziehen es vor, zu lesen. Dann schaukeln sie in Hängematten oder lauern, in wirre Anstalt verschlungen, unter „Wigwams“ abenteuerricher Art. Was sie lesen, unterliegt der gewissenhaften Kontrolle des Lehrpersonals, das sorgsam darauf achtet, daß die jungen Gemüter nicht durch Schmutz- und Schundliteratur vergiftet und auf Abwege gedrängt werden.

Nebenher werden die Vorgesetzten tatkräftig unterstützt von Ordnern, die sich aus älteren Schülern und Schülerinnen zusammensetzen. Unterdessen dampft und summt es in der Küche, und rührige Frauen kochen in Riesentesseln — nicht aus Kupfer — schmackhafte Suppen, jeden Tag eine andere. Durch Beschlagnahme der Teigwaren ist die Kost in diesem Jahr zwar nicht so abwechslungsreich wie sonst, aber der Aufenthalt in der freien Luft macht die Gassen der jugendlichen Gesellschaft nicht gar zu wählerisch. Wenn die Stunde kommt, wo das Essen ausgeteilt wird, sammeln sie sich eifrig um die Eimer und halten begierig ihre Gefäße hin. Und was da alles an Gefäßen zum Vorschein kommt! Glas und Porzellan ist hier streng verpönt, von wegen der Scherben und Splitter, die sonst den nackten Füßen gefährlich werden könnten. Die meisten lassen sich mehrmals auffüllen, es wird ihnen gern gewährt und die Kessel können mehr als 3000 Portionen erzeugen. Zwei Zentner und mehr Suppenmaterial werden täglich verbraucht. In diesem Jahre wird nämlich dem Essen mehr zugeprochen als sonst, da morgens die Milch wegfallen muß — es ist keine aufzutreiben — und weil die verführte Brotkarte eine einschränkende Wirkung ausübt. Nachmittags, zur Vesper, gibt es wiederum Kaffee und zwei knusprige Brötchen, frisch aus dem Backofen.

„Ach, Herr Lehrer, ich bin zu spät gekommen. Jetzt hab' ich keine Marke und kriege keine Semmel“, klagt ein Mädchen wehmütig.

„Ja, da mußt Du warten bis zuletzt, es werden wohl noch welche übrig bleiben“, lautet der Bescheid, desgleichen für einen Jungen, der seine Marke verbummelt hat. Sie alle beide werden auch noch zufriedengestellt.

Für Reinlichkeit sorgen die Kinder selbst. Ein „Papierwagen“ fährt umher und sammelt weggeworfenes Papier. Er besteht aus einer Kiste, und die Pferdchen sind zwei muntere Bübchen. Ueberhaupt herrscht bei aller Freiheit und Fröhlichkeit Ordnung und geistetes Betragen, und die Kinder unter sich achten allein schon auf ein einwandfreies Verhalten.

Die Mädchen, ebenso die Lehrerinnen, tragen beim Spiel Sportkleid, die ein freies Bewegen der Glieder ermöglichen. Allerliebste Szenen kann man auf Schritt und Tritt beobachten, und es muß ausdrücklich anerkannt werden, daß das Lehrpersonal sein Bestes gibt, um der Jugend die Stunden genussreich zu gestalten. Die frische, fröhliche, ungezwungene Art, mit der sowohl Lehrer als Lehrerinnen sich den Kindern hingeben, mit ihnen leben und weben, sich ihrer Pflanze anpassen und ihre erzieherische und leitende Tätigkeit im Rahmen

heiterer Kameradschaftlichkeit ausüben, kann als erfreulich und vorbildlich bezeichnet werden. Sie, die ihre Ferien opfern und ihre Kraft freudig in den Dienst dieses gemeinnütigen Werkes stellen, können mit Genugtuung auf die Tage ihres Wirkens zurückblicken. Ihre Arbeit kommt der Allgemeinheit zugute.

Veider ist es immerhin nur ein Teil der Kinder, der diese wertvolle Einrichtung ausnützen kann. Unter anderem liegt es daran, daß die Spielplätze in Gegenden und Entfernungen sich befinden, die der Kosten wegen für viele arme Kinder unerreichbar sind. Hier ließe sich Wandel schaffen. Für die Jugend aus Moabit, vom Wedding, zum Teil auch vom Gesundbrunnen könnte in der Jungfernheide ein idealer Spielplatz errichtet werden. Jetzt, nachdem ein Teil derselben der Stadt übereignet worden ist, ist es eine Forderung des Tages, dort Lust und Raum zur Erholung der Großstadtjugend aus den bezeichneten Stadtvierteln zu schaffen. Die Kosten dürfen nicht abschrecken. Heute müssen die Kinder mit erheblichen Kosten nach weit entfernten Spielplätzen befördert werden. Bei der Jungfernheide siele dies fast völlig fort. Ihre Lage ist so günstig, daß sie förmlich herausfordert zur Errichtung eines Kinderspielfeldes. Der Krieg kostet uns enorme Opfer an Volkskraft. Sorgen wir dafür, daß der kommende Fehlbetrag durch eine weitblickende, durchgreifende Jugendfürsorge wieder ausgeglichen werde. Wir können es, wenn wir es wollen. Wir wollen es, weil wir es müssen!

## Königgräber Straße 122.

In der Königgräber Straße, unweit des Potsdamer Bahnhofes, steht ein großer Bau aus roten Ziegeln; er trägt die Nummer 122. In Friedenszeiten wird dieses Gebäude vornehmlich von Empfängern von Militärpensionen und Militärrenten besucht. Jetzt nach monatelanger Dauer des Krieges steigert sich die Zahl der Besucher und Besucherinnen, die das Gebäude aufsuchen müssen; denn hier hat die Militärkasse ihren Sitz. Vornehmlich sind es Frauen oder Mütter, deren Ernährer im Felde gefallen sind, die hier erscheinen, um die für die Hinterbliebenen festgesetzte Rente zu erhalten. Wenn die ersten Eintragungen erfüllt sind, dann geht die Abhebung der Gelder glatt von statten. Nur am Ersten des Monats ist der Andrang ein starker. Wer aber diesem Andrang entgegen will, kann an einem anderen Tage kommen, das steht dem Empfänger der Rente frei; nur ist es erwünscht, wenn die Renten im ersten Drittel des Monats abgehoben werden.

Wir hatten kürzlich Gelegenheit, die Abwicklung der Geschäfte durch die dort tätigen Beamten wiederholt zu beobachten. Und da fiel uns vorteilhaft auf, im Gegensatz zu manchen städtischen Steuerbüros, in welcher freundlicher, zuvorkommender, höflicher Weise die Beamten mit dem Publikum verkehrten. Es sollte das eine Selbstverständlichkeit sein, die nicht besonders hervorgehoben zu werden braucht, allein nach den Klagen, die oft über die Behandlung des Publikums an anderen behördlichen Stellen geführt werden, muß festgestellt werden, wo die Behandlung eine solche ist, die Nachahmung verdient. Jede gewünschte Auskunft, jeder Rat wird in der bereitwilligsten freundlichsten Weise erteilt und es wird alles vernommen, was die, ohnehin schwer geprüften Hinterbliebenen der im Felde Gefallenen verlegen könnte. Man fühlt, hier sitzen Leute, die es verstehen, mit bedrückten Menschen umzugehen und wir hätten nur den einen Wunsch, daß an anderen Stellen, die mit dem Publikum umzugehen haben, eine gleiche Behandlung Platz greifen möchte.

## Die Hausbesitzer in der Stadtverordnetenversammlung.

Die letzte Nummer des „Grundeigentum“ beschäftigt sich mit der durch verschiedene Blätter gegangenen Nachricht von der Gründung einer besonderen Hausbesitzerfraktion in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Sie sagt, daß eine solche Absicht zwar nicht bestehe, wohl aber wolle man für eine starke Vertretung der Hausbesitzer im städtischen Parlament Sorge tragen. Wörtlich heißt es im „Grundeigentum“:

„Eine eigene Fraktion im Roten Hause zu bilden, soweit sind die Forderungen des Bundes der Berliner Hausbesitzer bis heute nicht gegangen. Was er erstrebt, ist die Wahl von Vertretern, von denen er die Ueberzeugung hat, daß sie nicht nur vor der Wahl, sondern auch nach ihrem Eintritt in das Stadtverordnetenkollegium den Mut finden, sich der Interessen ihrer Wähler anzunehmen, nicht einseitiger Interessen und Vorteile, das verlangen auch die Hausbesitzer von keinem Stadtverordneten; aber ein offenes, mannhaftes Eintreten, wenn es gilt, den Hausbesitz vor neuen Lasten zu bewahren, wenn es sich darum handelt, den städtischen Behörden klarzumachen, daß die seit Jahren geliebte Praxis, beim Auffinden neuer Geldquellen immer wieder auf den Hausbesitz zurückzugreifen, schließlich zu einer völligen Vernichtung dieser mittelständischen Erwerbsgruppe führen muß. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß der Hausbesitz in der Wahl seiner Vertreter oft recht unvorsichtig gewesen ist und daß er Würgern seine Stimme gegeben hat, die entweder nicht den Mut oder nicht die Kraft besaßen, sich seiner mit Nachdruck anzunehmen. Das muß und wird anders werden, und die nächsten Wahlen, an denen der Hausbesitz beteiligt ist, werden es zeigen, daß mit dem bisherigen System gebrochen wird. Freilich kann der Bund die notwendigen Schritte nur vorbereiten; fehlt ihm und den von ihm aufgestellten Kandidaten die Unterstützung der Wählerkraft, kommt es wieder vor, daß die Hälfte der Hausbesitzer in einem Wahlbezirk nicht zu der Wahl des von ihnen selbst aufgestellten Hausbesitzerkandidaten kommt, dann freilich wird alles beim alten bleiben. Dann werden sich die Berliner Hausbesitzer allerdings auch nicht belagern können, wenn man über ihre Wünsche und Beschwerden im Rathause wie bisher zur Tagesordnung übergeht.“

Wer die Geschichte der Berliner Stadtverwaltung kennt, weiß, daß die Hausbesitzer alles getan haben, um ihren Interessen im Rathause Geltung zu verschaffen. Zu kurz sind sie dabei nicht gekommen, wenn auch nicht alle hochgestellten Wünsche in Erfüllung gegangen sind. Eine Gemeinde hat aber das Allgemeininteresse der Bürgerschaft zu wahren. Es darf nicht sein, daß eine kleine Gruppe auf Kosten der großen Masse besondere Vorteile erhält. Daß in der Kriegszeit auch der Hausbesitzer leidet, ist richtig, das liegt aber nicht an der Stadtverwaltung. Das ist vielmehr eine Folgeerscheinung des Krieges, von der aber die breite Masse der Bevölkerung viel härter betroffen wird als die Hausbesitzer.

Im übrigen werden die vielen Hausbesitzer, die Stadtverordnete sind, sicherlich der Ansicht sein, nach Möglichkeit die Interessen der Hausbesitzer gewahrt zu haben.

## Zu den vielfachen Klagen über die Mindestgarantie für den Stromverbrauch der B. E. W.

wird uns geschrieben: Nach schriftlicher Auskunft der B. E. W. ist es richtig, daß für Stromverbrauch jährlich mindestens 40 M. zu zahlen sind, also auch dann, wenn in Wirklichkeit nach dem Tage von 40 Pf. für die Kilowattstunde nur für etwa 25 M. oder noch weniger Strom verbraucht ist. Diese Bestimmung bezieht sich jedoch nur auf Elektrizitätsanlagen innerhalb des Berliner Reichbildes. Für die an der Reichsbild-

grenze belegenen Weissen Vororte gelten andere Bestimmungen. Hier wird ohne Mindestgarantie nur der wirkliche Stromverbrauch berechnet und außerdem allmonatlich eine Zählermiere erhoben, die für kleinere Wohnungsverhältnisse (1-3 Zimmer) in der Regel 80 Pf. beträgt und bis 5 M. steigt. Die Härte der Bestimmung über die Mindestgarantie tritt dadurch nur noch deutlicher hervor.

Man darf wohl erwarten, daß die Stadt Berlin als zukünftige Eigentümerin der Elektrizitätsversorgung in erster Linie diese harte Bestimmung über die Mindestgarantie beseitigt.

Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß jetzt die V. E. W. dem Zuge unserer Zeit gefolgt sind und weibliche Personen zur Kontrolle der Zählapparate eingestellt haben. Die betreffenden Frauen und Mädchen sind mit der bekannten grauen Dedeckmütze, mit elektrischer Taschenlampe und Legitimation versehen.

### Verfügungen des Oberkommandos.

Amtlich, Berlin, 4. August. (W. T. Z.) Das Oberkommando in den Marken erläßt folgende Bekanntmachung: Für das Gebiet der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg verbiete ich hiermit auf Grund des § 4 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 jede Veröffentlichung von Ankündigungen, die sich auf den Verkauf, Tausch, oder sonstige Vertrieb von Postwertzeichen und Wohlthatigkeitsmarken feindlicher Länder beziehen. Diese Anordnung betrifft die Veröffentlichungen nicht nur in Tageszeitungen, Fachzeitschriften und anderen Zeitschriften, sondern auch in Katalogen und Geschäftsanzeigen. Jede Zuwiderhandlung wird mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bestraft.  
Der Oberbefehlshaber in den Marken,  
von Kessel,  
Generaloberst.

Amtlich, Berlin, 4. August. (W. T. Z.) Das Oberkommando in den Marken erläßt folgende Bekanntmachung: Die in meiner Bekanntmachung vom 23. Juli d. J. - O. Nr. 34 988 - festgesetzte Frist für die polizeiliche Anmeldung der Angehörigen der österreichischen Monarchie wird hiermit bis zum 1. September 1918 verlängert.  
Der Oberbefehlshaber in den Marken,  
von Kessel,  
Generaloberst.

### Die Kriegsunterstützung in Berlin.

Die Zahl der in Berlin unterstützten Familien von Kriegsteilnehmern, die im August vorigen Jahres 62 980 betrug, ist im Juli auf 150 911 gestiegen. Die an diese Familien im Juli gewährten Unterstützungen erforderten 6 108 821 M. Im vergangenen Monat treten auch die Aufwendungen für Kriegswochenhilfe zum ersten Male mit einem größeren Betrage in die Erscheinung. Insgesamt sind bis Ende Juli an Unterstützungen für Kriegsfamilien 45 872 000 M. zur Auszahlung gelangt.

### Todessturz eines Kindes.

Ein trauriges Geschick hat die Familie des Nubiermachers Wilmuzzi aus der Weichselstraße 18 zu Lichtenberg getroffen, der seit Beginn dieses Jahres im Felde steht. Frau Wilmuzzi schickte ihr vierjähriges Töchterchen aus der im dritten Stock gelegenen Wohnung fort, um Garn holen zu lassen. Aus Besorgnis, daß das Mädchen sich verlaufen oder im Strahengeetriebe verunglücken könnte, ging die Mutter dem Kinde nach, um es zurückzuholen. Unterdessen kletterte das drei Jahre alte Töchterchen em, das jetzt allein in der Wohnung war, durch das Küchensfenster auf den Balkon hinaus, lehnte sich zu weit über die Brüstung, verlor das Gleichgewicht und fiel in die Tiefe, wo es tot liegen blieb.

### Ein gräßlicher Unglücksfall.

Großes Aufsehen rief am Dienstagabend gegen 7 Uhr in Baumstraße ein Unglücksfall hervor, der sich in der Marienthaler Straße ereignete. Ein Mädchen von etwa 8 Jahren, das bei seiner Großmutter zu Besuch weilte, war aus Furcht vor einem Hunde auf die Tür eines Gartenzaines geklettert. In der Eile riefte sie ab, verlor jeglichen Stützpunkt unter den Füßen und fiel so unglücklich mit dem Kopf auf einen der Eisenstäbe der Tür, daß die Spitze desselben von unten her das Kinn und die Zunge durchbohrte und dicht unter dem Auge aus der Wange herausstach, ohne jedoch das Auge selbst zu verletzen. Auf die Schreie des Kindes stürzten Erwachsene hinzu, die es festhielten und versuchten, den Kopf von der Zaunspitze hochzuheben. Da das nicht gelang, wurde ein Arzt herbeigerufen und die Unfallstelle alarmiert. Auf Anordnung des Arztes, der in wenigen Minuten zur Stelle war, mußte die mehrfach gewundene Zaunspitze unterhalb des Kinnes abgesehen werden. Erst dann gelang es dem Arzt, sie herauszuziehen. Während der ganzen Zeit war das Kind bei vollem Bewußtsein. Es wurde nach Anlegung von Rotverbänden mittels Krankenwagens in ein Krankenhaus gebracht. Sein Zustand soll dem Vernehmen nach befriedigend sein.

Berliner Asyl-Verein für Obdachlose. Im Monat Juli d. J. nächtigten im Männerasyl 8816 Personen, im Frauenasyl 1961 Personen.  
Arbeitsnachweis wird erteilt für Männer und Frauen  
Wiefengstr. 55/59.

Kleine Nachrichten. Töblich verunglückt ist gestern Abend der 22 Jahre alte Kaufmann Ephraim Schein aus der Wischiner Str. 82. Bei dem Versuche, vor der städtischen Turnhalle in der Prinzenstraße, die jetzt als Reservelazarett dient, einen Straßenbahnwagen der Linie 86 in voller Fahrt zu besteigen, kam er zu Fall, wurde überfahren und so schwer verletzt, daß ihm im Reservelazarett der Fuß abgenommen werden mußte. - Das Leben genommen hat sich der 44 Jahre alte Schneider Ernst Knes aus der Chausseestraße 110. Er vergiftete sich mit Gas. - Nächtliche Fahrraddiebstähle nehmen in den westlichen Vororten, namentlich in Schöneberg und Wilmersdorf, überhand. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht bei den dortigen Polizeibehörden mehrere Anzeigen einlaufen, daß aus unbemieteten leerstehenden, oder verschlossenen Läden Fahrräder gestohlen werden. In den letzten beiden Nächten sind nicht weniger als neun derartige Diebstähle vorgekommen, so in der Hauptstr. 96 und 99, Wadenstraße 41, Weindestr. 14, Raschhofstr. 3, Wilhelmsdamm 184/85, Prager Str. 9 und Ackersburgstr. 3. Dauberwälder und Portiers seien vor dem Fahrraddiebstahl gewarnt; sie werden gut tun, falls nicht ein geeigneter Raum zur Aufbewahrung der den Mietern gehörigen Räder vorhanden ist, in den Venturiere von innen den Schlüssel stecken zu lassen. - Unter dem Verdacht des Kindesmordes wurde ein Dienstmädchen Anna Pausmar vom Schiffbauerdamm verhaftet. - Auf einen Kindesmord läßt auch ein Fund in der Postmannstraße schließen. Dort fand eine Förstnerfrau im Garten eines Grundstücks die Leiche eines neugeborenen Knaben, die nach den Ermittlungen wahrscheinlich von dem Raschburggrundstück, Raugarder Str. 88, über den Zaun herübergeworfen worden ist.

## Aus den Gemeinden.

**Aus der Gemeindevertretung Adlershof.**  
Der nächste Verkauf von Skinen durch die Gemeinde findet am Donnerstag, den 6., und Sonnabend, den 7. August, in der Zeit  
Verantwortlicher Redakteur: Alfred Scholz, Reußlin, für den

von 9-12 Uhr vormittags, in der alten Schule, Bismardstraße, an die Inhaber von Kartoffelarten statt. Es kommt nur allerbeste inländische Ware in Säcken von 4-6 Pfund zum Verkauf. Der Preis beträgt 1,80 bis 2,00 M. pro Pfund. Der Vorrat ist nur gering; es empfiehlt sich daher, den Einkauf rechtzeitig vorzunehmen.

In der letzten geheimen Gemeindevertreterwahl wurde beschlossen, die Gemeindevorsteherwahl auszuschreiben und eine Kommission zur Vorbereitung dieser Wahl in der nächsten öffentlichen Sitzung zu wählen.

Die Dienstauswandsentschädigung für den zweiten Gemeindevorsteher wurde gestrichen.

## Aus Industrie und Handel.

### Kriegsgewinne.

Das Lederwerk Wiemann & Co. in Hamburg, das für 1914 200 Proz. Dividende verteilt, erhöht das Aktienkapital um 2 000 000 M. Die Gründe für die Erhöhung liegen in den umfangreichen Aufträgen für Militärmäntel.

Die Akt.-Ges. für Kartonnagenindustrie in Dresden-Loschwitz kam trotz erhöhter Abschreibungen ihre Dividende von 25 Proz. beibehalten. Der Bruttogewinn stieg von 1,85 auf 4,48 Millionen Mark.

Der Süddeutschen Lederwerken A.-G. in St. Ingbert brachte das Geschäftsjahr laut eigenem Bericht mit dem bei Kriegsausbruch eingetretenen ganz außerordentlichen Lederbedarf für Militärmäntel eine ungeachtete geschäftliche Belebung; die Gesellschaft konnte ihre Umsätze nicht unwesentlich erhöhen, namentlich nachdem sie die Herstellung von Leder für den Heeresbedarf aufgenommen hatte. Aus der Aufwärtsbewegung der Preise für die Fertigfabrikate konnte sie bei ihren ziemlich belangreichen Vorräten guten Nutzen ziehen. Der Fabrikationsgewinn stieg von 173 448 M. auf 521 248 M., aus dem 10 Proz. (i. B. O.) Dividende verteilt werden sollen. Der Reserve sollen zur Auffüllung auf die gesetzliche Höhe 97 961 M. (2089 M.) zugewiesen, auf Maschinen weitere 35 625 M. und auf Gebäude 48 302 M. abgeschrieben werden, wonach diese nur noch mit 30 000 M. (72 917 M.) bezw. mit 280 000 (275 653 M.) zu Buch stehen. Ferner soll ein Erneuerungsfonds mit 30 000 M. gebildet, ebenfalls 30 000 M. als Sonderrücklage dem Aufsichtsrat zur Verfügung gestellt und 35 743 M. vorgetragen werden.

Die Eisenindustrie zu Wenden und Schwerte A.-G. nimmt für das verfloßene Geschäftsjahr die Dividendenzahlung wieder auf, nachdem sie in den letzten beiden Jahren gestrichelt hatte.

Die Baumwollspinnerei S. Liebermann & Co. in Jallandau zahlt 4 Proz. Dividende, während im Vorjahre keine Dividende ausgeschüttet werden konnte.

Die Osnabrücker Kupfer- und Stahlwerk A.-G. wird 5 Proz. Dividende (im Vorjahr keine) zahlen.

Die Thörl's Vereinigte Harburger Zellfabriken A.-G. erhöhen ihre Dividende von 12 auf 16 Proz. Der Reingewinn stieg von 2,77 auf 3,88 Mill. Mark.

### Einzahlungen auf die zweite Anleihe.

In der letzten Juliwende sind auf die zweite Kriegsanleihe noch 28 Millionen Mark eingezahlt worden, so daß jetzt 889,3 Millionen Mark gleich 98,4 Proz. der Gesamtzeichnung eingegangen sind. Die Neueinzahlung ist nicht mit Hilfe der Darlehnskassen erfolgt; denn die von diesen für die Zwecke der zweiten Kriegsanleihe hergegebenen Gelder sind mit 354,1 Millionen Mark am 31. Juli um 6,4 Millionen Mark geringer gewesen als am 28. Juli.

### Schiffahrtslinien nach Deutsch-Südwestafrika.

Nach einer Meldung der „Times“ beabsichtigen nicht weniger als vier englische Dampfschiffahrtsgesellschaften in Zukunft am Frachtgeschäft nach Deutsch-Südwestafrika zu profitieren. Es sind die Union Castle Steamship Company, ferner die Linien von Clan, Elerman und Woodall. Die Dampfer werden Swakopmund und Lüderitzbucht anlaufen.

## Gerichtszeitung.

### Eine ländliche Idylle aus Schlesien.

Eine recht milde Strafe erhielt ein Rittergutbesitzer von der Strafkammer in Glogau für ein vom Gericht selbst als verabschämungswürdig bezeichnetes rohes Verfahren. Angeklagt war der schon wiederholt wegen Körperverletzung, Verhöhnung und Beleidigung verurteilte Rittergutbesitzer Otto Bis aus Ober-Langheinersdorf, Kreis Sprottau, wegen der gleichen Vergehen. Der bei ihm beschäftigte Arbeiter Kukle und der Vogt Stäbe bekamen eines Tages von ihm den Auftrag, mit Getreide nach Sprottau zu fahren. Vor Beginn der Fahrt wollte Kukle die Getreidesäcke auf dem Wagen nachzählen. Der Herr Rittergutbesitzer kam dazu und untersagte dies dem Kukle mit den Worten: „Nachzählen gibt es nicht, die Zahl stimmt!“ Daraufhin führten beide Fuhrwerke ab. Der Vogt mit seinem hinter Kukle. Bei der Übergabe in Sprottau fehlte ein Sack, obwohl der zuletzt fahrende Stäbe auf das bestimmteste unter seinem Eide behauptete, daß kein Sack vom Wagen gefallen sein konnte, ohne daß es von ihm bemerkt worden wäre. Wieder zu Hause angekommen, wurde der Verlust dem Rittergutbesitzer gemeldet. Dieser war schnell mit der Behauptung bei der Hand, der Arbeiter hätte den Sack Getreide verkauft und den Erlös dafür veroffen. Das wurde nicht nur von Kukle, sondern auch von Stäbe entschieden in Abrede gestellt. Als dann der erstere seine Forderung tränen wollte, kam der Rittergutbesitzer auf ihn zu und schlug ihn mit einem dicken Stock so über das Gesicht, daß das Blut in Strömen floß. Noch einige Schläge ver setzte der Rittergutbesitzer dem Kukle, als dieser sich bückte, um sich vom Blut zu reinigen. Acht Tage war der Verdauungsmerke arbeitsunfähig. In einem anderen Falle schlug der Vogt einer galizischen Arbeiterin so heftig mit einem dicken Stock über das Gesicht, daß sie blutunterlaufenen Strömen auf dem Rücken und Gesicht hatte. Außerdem bedrohte der Kräuher die geschlagene Arbeiterin mit weiteren Mißhandlungen, wenn sie gegen ihn Anzeige erstatte würde. Ein galizischer Knecht, der sich über das Essen beschwerte, wurde mit einem Lohseisenerz zu bearbeitet, daß er rote und blaue Striemen am Körper davontrug.

Der Gerichtshof sah diese Ueberschreitungen zwar als sehr schwere an, verurteilte den Angeklagten, der sein Verhalten mit „hochgradiger Nervosität“ und mit „nie erfüllbaren Forderungen der Arbeiter“ zu entschuldigen suchte, nur zu einer Geldstrafe von 1000 Mark. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß das Verhalten des Angeklagten verabschämungswürdig sei. Wenn ein Dienstgeber seine Arbeiter und Gefinde prügelt, dann könne es niemanden mehr wundern, wenn die Flucht vom Lande zunehme.

Roheitsdelikte mit Geldstrafe sühnen, widerspricht einem oft von Gerichten anerkannten Grundsatz. Gegen die „hochgradige Nervosität“ des Angeklagten und die Möglichkeit solcher Zustände wäre freilich wirksamer als Strafen die Aufhebung der in Preußen gegen ländliche Arbeiter und Gefinde bestehenden Sondergesetze.

### Alkoholfolgen.

Eine Szene, die sich am 1. Pfingstfeiertage auf offener Straße abgepielt hatte, führte gestern den Techniker Paul

Heyne unter der Anklage der Verübung groben Unfugs und der Verletzung vor die Ferienstrafkammer des Landgerichts II.

Der bisher unbescholtene Angeklagte beabsichtigte am ersten Pfingstfeiertage einen Ausflug zu unternehmen. Er kam jedoch nicht sehr weit, denn schon in Treptow setzte er sich bei einem Frühkonzertshoppen fest. Einige Stunden später gendelte der Angeklagte in Grünau, mit einem Nordstrauch behaftet, durch die Straßen. Mächtig rief er auf offener Straße: „Nieder mit Deutschland“ und „A basso Gioielli“. Ein zufällig des Weges kommender Unteroffizier machte dem Gendarmenwachmeister Vorhalt auf den Angeklagten aufmerksam, der von dem Beamten festgenommen wurde. Auf der Polizei ließ sich Heyne in seiner Alkoholfestigkeit zu einer neuen Torheit verleiten. Er hielt dem Beamten einen Zehnmarkschein hin mit der Bitte, ihn laufen zu lassen. Als der Gendarm dieses Ansuchen entzweielt zurückwies, legte ihm H. den Schein auf das Rotzuch.

Vor Gericht behauptete der Angeklagte, daß er erst wieder zu sich gekommen sei, als er abends in der Arrestzelle in Adlershof aufgewacht sei. Die Zeugen befanden sich jedoch übereinstimmend, daß H. zwar angetrunken, aber nicht sinnlos betrunken gewesen sei. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 360 M., da mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten noch einmal von einer Gefängnisstrafe Abstand genommen werden könnte. Das Urteil lautete auf 200 Mark Geldstrafe.

## Aus aller Welt.

### Vernehmung einer englischen Kraftstation.

„Daily News“ berichtet: Die elektrische Kraftstation in den Edsbalewerken bei Kempton wurde am Sonntag durch Feuer völlig zerstört. Tausende wurden arbeitslos. Alle Industrien am Orte kamen zum Stillstand. Das Feuer scheint durch Kurzschluß entstanden zu sein.

### Schiffszusammenstoß.

Die Blätter melden aus Montreal: Ein Zusammenstoß erfolgte im Rebel zwischen den britischen Dampfern „Vengorebad“ und „Catican“ bei Harrisland, 80 Meilen nördlich von Quebec. Das eine Schiff lief auf den Strand, das andere erreichte Montreal. Der Schaden scheint beträchtlich zu sein.

### Verheerungen durch eine Wasserhose.

Meldung des Neuterschen Bureaus. In Cui (Pennsylvanien) brachen gestern infolge einer Wasserhose die Dämme. Die kommerziellen und Wohnviertel der Stadt wurden überflutet. Das Wasser reicht bis zum zweiten Stock. Es zerstörte die Telefon- und Telegraphenverbindungen und schämte die Beleuchtungsanlagen weg. Die Fabriken stellten die Arbeit ein. Die Zahl der Toten wird auf 26 geschätzt, die der Obdachlosen auf 2000. Der Schaden geht in Millionen.

Selbsthilfe gegen ungerechtfertigte Preis erhöhungen übten in Eberswalde die Frauen auf dem Wochenmarkt. Eine auswärtige Händlerin war mit einem größeren Posten neuer Kartoffeln erschienen, die bei mäßigen Preisen guten Absatz fanden. Als die Frau merkte, daß die Kauflust rege war, schlug sie mit dem Preise zweimal auf. Bei der zweiten Preishöhung griff allgemeine Empörung Platz. Im Nu war der Stand von den Arbeiterfrauen umringt. Die Säcke wurden ergriffen und umgestürzt, so daß die Kartoffeln weit umherflogerten. Einige Hände griffen zu und so war der Vorrat halb geräumt.

Ein „fetter“ Posten. Die „fränkische Tagespost“ berichtet: Der städtische Wald- und Flurauflieger Schobert, der seit 15 Jahren im Dienste der Stadt Kirchheim am See steht und das hohe Gehalt von monatlich 25 M. bezieht, kam um 5 M. Feuerungszulage pro Monat ein. Nachdem nur das Gemeindefiskusium fast einstimmig die Zulage genehmigt, auch in Anbetracht, daß allen städtischen Beamten bereits dies- und vorjährig entsprechende Aufbesserungen resp. Feuerungszulagen bis zu 300 M. pro Jahr genehmigt waren, trat wieder Erwarten der Stadtmagistrat dem Beschluß nicht bei, und bei der hierauf angelegten gemeinschaftlichen Sitzung wurde das beschlossene Gehalt Schoberts, der in seinem früheren Gewerbe eine Hand verloren hat, mit einigen Stimmen Mehrheit abgelehnt.

## Parteiveranstaltungen.

Charlottenburg. Die Jugendsektion hält am Donnerstagabend im Volkshaus vorn 1 Treppe ihren Diskussionsabend ab. - Am Sonntag, den 8. d. M., treffen sich die Mitglieder pünktlich 6 Uhr früh am Bahnhof Charlottenburg zum Massenaustritt der Arbeiterjugend Groß-Berlins. Freunde der Bewegung sind mitzubringen.

Tempelhof. Am Freitag, den 6. August, 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, findet im Gesellschaftshaus, Doerstr. 50, eine Mitgliederversammlung mit sehr wichtiger Tagesordnung statt. Das Erscheinen aller wird erwartet. Der Jubiläumstag soll dafür aus. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

## Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Kolnthal. Die nächste Sitzung der Gemeindevertretung findet am Donnerstag, den 8. August cr., abends 6 Uhr, im großen Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes, Hauptstr. 94, statt.

Eschwege. Freitag, 6. August, abends 6 Uhr, Berichte aus den Kommunalstellen.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeglieder ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

## Briefkasten der Redaktion.

R. W. 101. 1. Der Mieter ist an den Vertrag, da er nicht gekündigt ist, gebunden. Sie können aber für die Dauer des Krieges nicht klagen, weil er im Felde steht. 2. Die Betreffende soll sich an den Mieterverband, also an diejenige Stelle wenden, von der sie Kriegsunterstützung erhält. 3. Ja - G. Z. 58. 1. Kein. Die Witwe soll ihren und ihrer Kinder Anspruch auf Rente durch die Polizei bei der Militärbehörde geltend machen. 2. Die Militärbehörde entscheidet. Gegen deren Entscheidung ist keine Klage beim ordentlichen Gericht zulässig. 3. Wahrscheinlich sind die Bestimmungen des Militär-Hilfsleistungsgesetzes. Deren Inhalt haben wir wiederholt dargelegt. Den Text des Gesetzes können Sie in jeder Verhandlung erhalten. - G. Z. 18. Sie sind als Infanterist für die Garnison, aber nicht für Feldverwendungsfähig. können also eingezogen werden. Ob und wann das geschieht, kann keiner voraussagen. - G. Z. 90. Da die Mutter verstorben ist, so erben der überlebende Vater und die Geschwister des Verstorbenen. - G. Z. 83. Die Beschlagnahme entspricht dem Gesetz. Sie würden gegen dieselbe nichts ausrichten können. - Normand Bruder. 1-3. Leider ja. 4. Eine bestimmte Arbeitszeit besteht nicht. 5. Ein Anspruch auf Lohnersatz besteht nur soweit, als die Anzahl oder der Vormund es festgelegt hat. - G. Z. 1. Anspruch auf die Familienunterstützung, sowohl auf die gegenwärtige als auch auf die gemeindliche, haben nur Frauen, deren Unterhaltungsbedürftigkeit anerkannt ist. Unterhaltungsbedürftigkeit soll nicht im armenrechtlichen Sinne aufgefaßt werden. Gegen den ablehnenden Bescheid würde man es bei der Militärbehörde mit einer Beschwerde versuchen können. In Ihrem Falle scheint Bedürftigkeit nicht vorzuliegen. 2. Die kriegsgewaltene Frau hat genau dieselben Rechte wie jede andere Ehefrau, also ebenfalls auch das Recht auf Alimentenrente. - G. Z. 46. Ein solcher Vertrag kann geschlossen werden. Er ist aber, selbst wenn er notariell oder gerichtliche Form erhält, seitens der Gläubiger, die durch den Vertrag geschädigt werden, anfechtbar. - G. Z. Köpenick. Wenn nicht etwa Ihr schriftlicher Vertrag dem entgegensteht, so ist die Kündigung unzulässig. Da die verleihernde Partei nach dem Kriege gezahlt werden möchte, ist die Kündung des Beschlusses des Vermieters annehmbar, wenn er gleichzeitig auf jedes Pfandrecht verzichtet. - Robert. Schmechberg, aber kriegsverwendungsfähig. - W. 876. Nein.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitagmorgen. Zunächst östwärts fortschreitende neue Trübung, und besonders im Norden zahlreiche Regenfälle. Nachher bisweilen heiter, aber sehr veränderlich und etwas kühl.

Wochendruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.